

Zeitschrift

für

Sozialökonomie

William Darity jr.

**Keynes' politische Philosophie –
Die Verbindung mit Gesell 3**

Jörg Gude

**Gesells Natürliche Wirtschaftsordnung
in der Kritik von Franz Oppenheimer 13**

Personalien – Bücher – Berichte 23

23. Mündener Gespräche 31

35. Jahrgang

116. Folge

März 1998

Liebe Leserin und lieber Leser,

der Sachverständigenrat hat in seinem jüngsten Jahresgutachten die Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik der Bundesregierung einer harten Kritik unterzogen und zugleich beklagt, daß von der Opposition auch keine Besserung der Lage zu erwarten sei. In einem Kommentar zum Jahresgutachten mit dem bezeichnenden Titel „Zukunft auf Abbruch“ sprach Nikolaus Piper von einem „Scherbenhaufen“, in dem die Politik stecke, und von einer „fundamentalen Krise des Modells Deutschland“. (Süddeutsche Zeitung vom 15. 11. 1997) Statt im Fundament dieses Modells nach krisenverursachenden Strukturfehlern des Geldwesens zu suchen, treibt die Politik die Einführung einer europäischen Einheitswährung voran, ohne deren Folgen übersehen zu können. Und die Warnungen von 165 Wirtschaftswissenschaftlern vor einer verfrühten Einführung des Euro glaubt sie nicht beachten zu brauchen. Mit dem Euro wollen wir uns im Rahmen der nächsten Mündener Gespräche ausführlicher beschäftigen und laden Sie sehr herzlich zur Teilnahme ein. Nähere Einzelheiten finden Sie in diesem Heft auf der Seite 31. Zur Vorbereitung auf die Tagung empfehlen wir Ihnen die Lektüre der Klageschrift „Die Euro-Klage – Warum die Währungsunion scheitern muß“, die die Professoren Hankel, Nölling, Starbatty und Schachtschneider am 12. Januar 1998 beim Bundesverfassungsgericht eingereicht haben; sie ist gerade als Taschenbuch in der Reihe *rororo* aktuell erschienen. Prof. Schachtschneider wird in Hann.-Münden über diese Klage berichten und begründen, warum die zu befürchtenden wirtschaftlichen, sozialen und politischen Folgen des Euro elementare Grundrechte verletzen werden.

Eine Verschiebung des Euro allein wird nach unserer Ansicht allerdings nicht ausreichen, um die „fundamentale Systemkrise“ der Wirtschaft zu bewältigen. Sie wurzelt tiefer in einem bislang weitgehend tabuisierten Glauben, den große Dichter wie Goethe im „Faust II“ oder Hofmannsthal im „Jedermann“ angesprochen haben und um den es zum Beispiel auch in dem italienischen Kinderbuchklassiker „Pinocchio“ geht. Es ist der Glaube, die Welt sei ein „Wunderfeld“, auf dem sich Geld auf wunderbare Weise vermehren ließe. „Armer

Pinocchio, daß du glaubst, Geldstücke könne man in einem Feld wie Bohnen und Kürbis säen und ernten. Um auf ehrliche Weise ein paar Groschen zu verdienen, muß man sie mit der Kraft seiner eigenen Hände oder mit dem Verstand seines Kopfes erarbeiten.“ (Ausgabe 1997, S. 69 und 112-113) Gilt diese simple Botschaft des Pinocchio-Autors Collodi an die Kinder nicht auch für Erwachsene, zum Beispiel für die fieberhaft tätigen Global Players, die Milliardenbeträge rund um die Erde transferieren, weil sie glauben, auf asiatischen und anderen „Wunderfeldern“ traumhafte Renditen erzielen zu können?

Noch verhalten sich Politik und Wissenschaft gegenüber der „fundamentalen Krise“ unserer Wirtschaft so, wie es schon Erich Kästner in seinem Roman „Fabian“ beklagt hat: sie kurieren an Symptomen und verabreichen Beruhigungstees – wie das leere Versprechen, die Arbeitslosigkeit bis zur Jahrtausendwende zu halbieren. Umso dringlicher erscheint uns die Aufgabe, ein geldordnungspolitisches Mittel zur Überwindung der Krise zu entwickeln. Und wir freuen uns deshalb sehr, daß der nordamerikanische Ökonom Prof. William Darity jr. die Fachwelt kürzlich an diesen auch bereits von Keynes ernsthaft diskutierten Denkansatz erinnert hat. Die Übersetzung seines Aufsatzes wird sich hoffentlich als eine Hilfe bei unserem Bemühen erweisen, in einen Dialog mit Wirtschaftswissenschaftlern zu gelangen und annehmbare Formen des Gesprächs zu finden.

Allzu lange ist eine gründliche Auseinandersetzung mit der wissenschaftlichen Kritik von Franz Oppenheimer an den Vorschlägen von Silvio Gesell (und John Maynard Keynes) zur Reform der Geldordnung versäumt worden. Diese Aufgabe holt Jörg Gude in seinem Beitrag zu diesem Heft nach. Nach der langen Verspätung ist der jetzige Zeitpunkt hierfür insofern geeignet, als gerade eine Neuausgabe der Werke von Franz Oppenheimer und zwei Dissertationen über ihn erschienen sind. Darauf möchten wir Sie mit einigen Rezensionen aufmerksam machen, da bei Oppenheimer bedeutende Anregungen für die Entwicklung ordnungspolitischer Grundlagen einer monopolfreien Marktwirtschaft zu finden sind.

Ihr Werner Onken

Erich Kästners Diagnose seiner – und unserer – Zeit

Nun begann Malmy seine Rede: „Wenn das, woran unser geschätzter Erdball heute leidet, einer Einzelperson zustößt, sagt man schlicht, sie habe die Paralyse. Und sicher ist Ihnen allen bekannt, daß dieser äußerst unerfreuliche Zustand mitsamt seinen Folgen nur durch eine Kur heilbar ist, bei der es um Leben und Tod geht. Was tut man mit unserem Globus? Man behandelt ihn mit Kamillentee. Alle wissen, daß dieses Getränk nur bekömmlich ist und nichts hilft. Aber es tut nicht weh. Abwarten und Tee trinken, denkt man, und so schreitet die öffentliche Gehirnerweichung fort, daß es eine Freude ist.“

„Lassen Sie doch diese ekelhaften medizinischen Vergleiche“, rief Strom. „Ich bin nicht so fest auf dem Magen.“

„Lassen wir die medizinischen Vergleiche“, sagte Malmy. „Wir werden nicht daran zugrundegehen, daß einige Zeitgenossen besonders niederträchtig sind, und nicht daran, daß andere besonders dämlich sind. Und nicht daran, daß einige von diesen und jenen mit einigen von denen identisch sind, die den Globus verwalten. Wir gehen an der seelischen Bequemlichkeit aller Beteiligten zugrunde. Wir wollen, daß es sich ändert; aber wir wollen nicht, daß wir uns ändern. ‚Wozu sind die anderen da‘, denkt jeder und wiegt sich im Schaukelstuhl. Inzwischen schiebt man von dorthier, wo viel Geld ist, dahin Geld, wo wenig ist. Die Schieberei und das Zinszahlen nehmen kein Ende, und die Besserung nimmt keinen Anfang... Der Blutkreislauf ist vergiftet. Und wir begnügen uns damit, auf jede Stelle der Erdoberfläche, auf der sich Entzündungen zeigen, ein Pflaster zu kleben. Kann man eine Blutvergiftung so heilen? Man kann es nicht. Der Patient geht eines Tages, über und über mit Pflastern beplastert, kaputt.“

Der Theaterkritiker wischte sich den Schweiß von der Stirn und sah den Redner bittend an.

„Lassen Sie die medizinischen Vergleiche“, sagte Malmy. „Wir gehen an der Trägheit unserer Herzen zugrunde. Ich bin ein Wirtschaftler und erkläre Ihnen: Die Gegenwarts Krise ohne eine vorherige Erneuerung des Geistes ökonomisch lösen zu wollen, ist Quacksalberei.“

*aus: Erich Kästner (1899-1974)
Fabian – Die Geschichte eines Moralisten (1931),
München 4. Auflage 1990, S. 36-38.*

Keynes' politische Philosophie: Die Verbindung mit Gesell

Karl Marx (1963, 70), der wohl scharfsinnigste Erforscher ökonomischer Doktrinen, machte einmal die berühmte und treffende Bemerkung, daß *Adam Smith* in wesentlichen Passagen seines Werkes „*Der Wohlstand der Nationen*“ „in hohem Maße von den Vorstellungen der Physiokraten beeinflusst war“. Entsprechend kann man sagen, daß *John M. Keynes* sich in wesentlichen Teilen seines Werkes „*Allgemeine Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes*“ stark an *Gesell* anlehnte – besonders, aber nicht ausschließlich, in seinen staatsphilosophischen Äußerungen über die Beziehung zwischen Staat und Wirtschaft.¹

Doch *Keynes* hat nicht nur seine staatsphilosophischen Theorien von *Gesell* übernommen. *Keynes'* Auffassungen über das Geldwesen liegen so stark auf der Linie *Gesells*, daß die Ähnlichkeit mehr als unheimlich ist. *Keynes'* Übernahme der Theorie, daß das Geldwesen und der Zinsfuß den wirtschaftlichen Aufschwung behindern, ist das zentrale Thema von *Gesells* (1934: 1936) Werk „*Die Natürliche Wirtschaftsordnung durch Freiland und Freigeld*“.² Um die Absurdität des Geld- und Zinssystems zu veranschaulichen (und sich noch etwas stärker von *Karl Marx* zu distanzieren), erzählte *Gesell* (1934, 217-222) ein Gleichnis. Er schilderte ein fiktives Gespräch zwischen *Robinson Crusoe* und einem Fremden, der vor kurzem auf seiner Insel gestrandet war.

Gesells Gleichnis enthält die Aussage, daß für diejenigen, die rentable Investitionen tätigen wollen, der zinstragende Aspekt von Geld unnötige Produktionskosten mit sich bringe, welche den Umfang ihrer Aktivitäten und somit auch die Beschäftigungsmenge begrenzen. Da zudem wohlhabende Personen Einkommen aus dem Verleihen von Geld gegen Zins oder aus der Verpachtung von Land erhalten können, hätten sie kaum einen Anreiz, mit ihrem Vermögen produktive Investitionen zu finanzieren. Sie wären auch nicht motiviert, Reichtum in Form von Gütern anzuhäufen, deren Produktion Arbeitsplätze schaffen würde. Und

wenn die Verzinsung ihres Geldes zeitweise sehr niedrig sei, könnten sie ihr Geld auch einfach in der Kasse festhalten, bis die Verzinsung wieder steigt. Die Nachfrage nach Geld oder Land im Portfolio schafft nicht automatisch auch Arbeitsplätze.

So schafft also das Geld- und Zinssystem nach *Gesell* ein strukturelles Hindernis für ständige Vollbeschäftigung. Es bedarf daher einer Reform des Systems, um die Neigung der Geldbesitzer, ihr Kapital zurückzuhalten, auf ein Mindestmaß zurückzuschrauben. *Gesell* sprach sich für ein Stempelgeldsystem aus, um Geldbesitzer mit direkten Gebühren zu belasten, wenn sie ihr Geld nicht in den wirtschaftlichen Kreislauf einfließen lassen. *Keynes* (1936, 301) war fasziniert von *Gesells* Gleichnis; er beschrieb das „*Zwiegespräch zwischen Robinson Crusoe und einem Fremden*“ als „eine ganz ausgezeichnete wirtschaftliche Parabel – so gut wie nur irgend etwas dieser Art, was geschrieben wurde –, um diesen Punkt darzulegen“; bevor er zu dem Punkt kam, wo seiner Ansicht nach der „große Fehler“ in *Gesells* Theorie liegt, nämlich, daß ihm die Theorie der Vorliebe für Liquidität entgangen sei.

Keynes' gut entwickelte Theorie der Vorliebe für Liquidität identifiziert die unbedeutenden Durchhaltekosten des Geldes als grundlegendes Übel, da auf diese Weise ein übermäßiger Anreiz geschaffen wird, Geld in der Kasse zu halten, statt es in Realkapital zu investieren. Entsprechend sah er in *Gesells* Vorschlag von „gestempeltem“ Geld eine geniale Idee – damit könnten im Prinzip künstliche Durchhaltekosten des Geldes erzeugt werden. *Gesell* (1936, 9) schrieb ausdrücklich: „... wir müssen

¹ Dieser Beitrag erschien zuerst im *Eastern Economic Journal* Vol. 1, Nr. 1, 1995, S. 27-41 und ist eine erweiterte Fassung eines Vortrages, den der Autor im März 1994 auf einer Tagung der Eastern Economic Association in Boston, USA gehalten hat. Ulrike Zellmer hat den Text ins Deutsche übersetzt. Die längeren Zitate aus *Keynes'* „Allgemeiner Theorie“ wurden aus der 1936 in Berlin erschienenen deutschen Ausgabe entnommen.

Geldzeichen demselben Verlust unterwerfen, dem auch Waren durch die Notwendigkeit der Lagerung unterworfen sind. Geld ist dann nicht mehr den Waren überlegen; es bleibt sich dann gleich, ob jemand Geld oder Güter besitzt.“

Gesells System hätte erfordert, daß Geldbesitzer ihr Geld in regelmäßigen Abständen mit einem Legalitätsstempel versehen lassen, um seinen Charakter als gesetzliches Zahlungsmittel zu wahren. Dafür würde dann eine bestimmte Gebühr erhoben werden. Keynes' Theorie der Vorliebe für Liquidität ließ ein solches System des gestempelten Geldes besonders reizvoll erscheinen. Keynes (1936, 233-34) war der Ansicht, daß der Geldzinsfuß als Reaktion auf Veränderungen der Geldmenge in einem bestimmten Stadium relativ unelastisch wird. Diese Starrheit des Geldzinsfußes liegt an der Liquiditätsprämie, seinem Erträgnis. Nach Keynes wird das Minimum des Geldzinsfußes nicht durch die Erwartung des künftigen Anstiegs des Zinsfußes reguliert, wie Verfechter der „Liquiditätsfalle“ behaupten, sondern durch eine wesentliche Eigenschaft des Geldes, nämlich durch seine Eigenschaft als liquidester Vermögenswert.

Demzufolge würde ein System des gestempelten Geldes dem Geld Durchhaltekosten auferlegen, die die Liquiditätsprämie ausgleichen und den Reiz der Hortung von Geld vermindern: *„Jene Reformatoren, die in der Erzeugung künstlicher Durchhaltekosten des Geldes ein Heilmittel gesucht haben, zum Beispiel durch das Erfordernis periodischer Abstempelungen der gesetzlichen Zahlungsmittel zu vorgeschriebenen Gebühren, sind somit auf der richtigen Spur gewesen; und der praktische Wert ihrer Vorschläge verdient erwogen zu werden.“* (Keynes 1936, 234; dt. 196)

Die Vorstellung von gestempeltem Geld ist nach Keynes' Einschätzung (1936, 357, dt. 302) ein „gesunder Gedanke“. Doch da Gesell Keynes zufolge die Vorliebe für Liquidität nicht richtig erkannte, habe er die Tatsache übersehen, „daß das Geld nicht einzigartig darin ist, daß ihm eine Liquiditätsprämie anhaftet, sondern in dieser Beziehung nur im Grad von vielen anderen Waren abweicht, und daß seine Bedeutung daher rührt, daß es eine größere Liquiditätsprämie als irgendeine andere Ware hat.“ Das Abstempeln des Geldes würde, laut Keynes, nicht den Fluchtweg in die Liquidität versperren.

Die Anwendung des Stempelsystems auf Banknoten würde beispielsweise lediglich dazu führen, daß eine lange „Reihe von Ersatzmitteln in ihre Fußstapfen tritt – Bankgeld, täglich abrufbare Darlehen, ausländisches Geld, Juwelen und die Edelmetalle im allgemeinen.“

An dieser Stelle machte Keynes (1936, 358, dt. 302) die merkwürdige, aber faszinierende Beobachtung, daß „... es Zeiten gegeben (hat), in denen wahrscheinlich die Begierde nach dem Besitz von Land, ohne Rücksicht auf sein Erträgnis, dazu beigetragen hat, den Zinsfuß hoch zu halten“; d. h. selbst Land fungierte irgendwann einmal als Geld. Gesells „Die Natürliche Wirtschaftsordnung“ zielt auf die gleiche Vorstellung ab, daß die Bodenrente ein ähnliches Hindernis für den Wohlstand sein kann wie der Geldzinsfuß, und so rief er zur Verstaatlichung des Landes auf. Keynes (1936, 358, dt. 302) erkannte, daß Gesells Aufruf zur Verstaatlichung des Landes seine Bedeutung bei der Hochhaltung des Zinsfußes verringern würde.

Gesell (1936, 9), der Pierre-Joseph Proudhon im Geist eines anti-marxistischen Sozialismus folgte (in Anbetracht von Gesells etwas eigentümlicher Deutung von Marx), sprach sich dafür aus, den Kapitalismus und das Kapital als Klasse nicht mittels einer Revolution, sondern durch Wohlstand zu überwinden.³ Wenn das Realkapital so reichlich vorhanden wäre, daß sein Ertrag gegen Null ginge, würde das das Ende des Kapitalismus bedeuten. Daher sah er in einer hohen Beschäftigungsrate und Produktion den besseren Weg zum Sozialismus als in wirtschaftlicher Depression und unsicherer Arbeitsmarktlage. Geht die folgende Passage aus der „Allgemeinen Theorie“ nicht in dieselbe Richtung? *„Kapitalzinsen sind heute keine Belohnung für ein wirkliches Opfer, sowenig wie die Pachtzinsen von Land. Der Besitzer von Kapital kann Zinsen erhalten, weil das Kapital knapp ist, gerade wie der Besitzer von Land einen Pachtzins erhalten kann, weil das Land knapp ist. Aber während an sich Gründe für die Knappheit von Land bestehen mögen, bestehen an sich keine Gründe für die Knappheit des Kapitals. Ein Grund an sich für eine solche Knappheit im Sinne eines wirklichen Opfers, das nur durch das Angebot einer Entschädigung in der Form von Zinsen hervorgerufen werden könnte, würde auf lange Dauer nicht bestehen, ausgenommen, wenn sich*

der einzelne Hang zum Verbrauch als derart erweisen würde, daß die Reinersparnis in Zuständen der Vollbeschäftigung zu einem Ende kommt, bevor das Kapital reichlich genug geworden ist. Aber selbst dann wird es immer noch möglich sein, die gemeinsame Ersparnis durch die Vermittlung des Staates auf einem Niveau aufrecht zu erhalten, das das Wachstum des Kapitals bis auf den Punkt zulassen wird, auf dem es aufhört knapp zu sein.

Ich betrachte daher die Rentnerseite des Kapitalismus als eine vorübergehende Phase, die verschwinden wird, wenn sie ihre Leistung vollbracht hat. Und mit dem Verschwinden der Rentnerseite wird noch vieles andere einen Gezeitenwechsel erfahren. Es wird überdies ein großer Vorteil der Ereignisfolge sein, die ich befürworte, daß der sanfte Tod des Rentners, des funktionslosen Investors, nichts Plötzliches sein wird, sondern nur eine allmähliche, aber verlängerte Fortsetzung dessen, was wir jüngst in Großbritannien gesehen haben und keine Revolution erfordern wird.“ (Keynes 1936, 375-376. dt. 317)

Sowohl Keynes als auch Gesell befürworteten ein System von einem gegen Null tendierenden Geldzinsfuß. Für Keynes (1936, 356) gab es vom Standpunkt seiner ökonomischen Theorie, nach der das Investieren das Sparen fördert, statt umgekehrt, keinen triftigen Grund für die Ansicht, daß der Zinsfuß hoch sein sollte: „Eine angemessene Höhe des Zinsfußes wurde bisher mit der Notwendigkeit gerechtfertigt, für einen ausreichenden Anreiz zum Sparen zu sorgen. Aber wir haben gezeigt, daß der Umfang der Ersparnis notwendigerweise vom Umfang der Investitionen bestimmt wird und daß der Umfang der Investitionen von einem niedrigen Zinsfuß begünstigt wird – vorausgesetzt, daß wir nicht versuchen, sie über jenen Punkt hinaus zu stimulieren, der einer Vollbeschäftigung entspricht. So ist es zu unserem eigenen Vorteil, den Zinsfuß in Relation zur Grenzleistungsfähigkeit des Kapitals auf das Niveau zu senken, bei dem sich Vollbeschäftigung einstellt.“ (Keynes 1936, 356)

Die enge Übereinstimmung der Anschauungen von Keynes und Gesell wurde durch zwei Versäumnisse in der modernen Entwicklung unseres Verständnisses für Keynes' Denkweise verdunkelt. Zunächst wurde kaum oder gar kein Versuch unternommen, dem Beispiel des verstorbenen Dudley Dillard zu folgen, der nur wenige Jahre nach der Veröffentlichung der „Allgemeinen Theorie“ sehr genau die Verbin-

dungslinie untersucht hat, die von Proudhon über Gesell zu Keynes führt (Dillard, 1942a; 1942b). Da er die „Allgemeine Theorie“ sehr genau gelesen hatte, ließ Dillard sich nicht wie Keynes dazu verleiten, Gesell jener kleinen Gruppe von exzentrischen Theoretikern zuzuordnen, denen nicht wie anderen klassischen Theoretikern die Bedeutung der wirksamen Nachfrage entgangen war. Bereits im dritten Kapitel der „Allgemeine Theorie“ schrieb Keynes: „Das große Rätsel der wirksamen Nachfrage, mit dem Malthus gerungen hatte, verschwand aus der wirtschaftlichen Literatur. Man wird es in den gesamten Werken von Marshall, Edgeworth und Prof. Pigou, die der klassischen Theorie ihre reifste Verkörperung gaben, auch nicht ein einziges Mal nur erwähnt finden. Es konnte nur verstohlen unter der Oberfläche weiterleben, in den Unterwelten von Karl Marx, Silvio Gesell oder Major Douglas.“ (Keynes 1936, 32. dt. 28)

Viele Leser der „Allgemeinen Theorie“ sahen in diesem Abschnitt vermutlich einen Hinweis, daß Keynes Gesell jenen eigentümlichen, absonderlichen und kauzigen Nichtakademikern zuordnete, die mehr aus Zufall als Absicht etwas Wesentliches begriffen hatten. Doch viel später, im 23. Kapitel der „Allgemeinen Theorie“, beurteilte Keynes Gesells Werk mit weitaus mehr Begeisterung. Sie war so groß, daß Joseph Schumpeter (1954, 1118, Anmerkung 2) bemerkte, Gesells Bestreben, den Zinsfuß als Phänomen des Geldwesens zu behandeln, sei „von Lord Keynes vor dem Vergessen gerettet worden...“

Zweitens: Die Entscheidung der Herausgeber, welche Korrespondenzen in Keynes' „Collected Writings“ aufgenommen werden sollten und welche nicht, hat ebenfalls dazu beigetragen, daß die Wissenschaftler nicht das volle Ausmaß der Ähnlichkeiten zwischen Keynes und Gesell erkannt haben. Im 30. Band der „Collected Writings“, der den Titel „Biography and Index“ trägt, führen Donald Moggridge und Austin Robinson (1989, xi-xii: Hervorhebung durch den Verfasser) folgende Passage als Rechtfertigung an für die Auslassung von Material, das den Wissenschaftlern eine bessere Vorstellung von Keynes' Verbindung mit den Gesellianern hätte vermitteln können: „Nachdem sie Keynes' schon früher veröffentlichte Werke bearbeitet hatten, standen die Herausgeber vor der Aufgabe, auszuwählen, welche von Keynes'

unveröffentlichten Schriften sie herausbringen sollten – es ging also nicht nur darum, eine Auswahl aus verschiedenen Versionen zu treffen. Bei der Auswahl gingen sie nach einem Grundprinzip vor, das bei der Herausgabe der Schriften von Wirtschaftswissenschaftlern üblich ist, aber sonst meistens anders gehandhabt wird: Das Hauptaugenmerk der Veröffentlichung richtete sich auf Keynes' Eigenschaft als Volkswirtschaftler und seine Verflechtung in öffentlichen Angelegenheiten. Das hatte zur Folge, daß die Herausgeber mit Ausnahme von gelegentlichen Auszügen aus Briefen, die sie als Aufhänger für ein bestimmtes Dokument benutzten, Keynes' ausgedehnte persönliche Korrespondenz außer acht ließen, die im Falle einiger Korrespondenzpartner aus Hunderten von Briefen besteht. Ein Teil dieser Korrespondenz, wie sein Briefwechsel mit Lydia, werden vermutlich von anderen veröffentlicht werden. Doch selbst wenn man nach diesem Grundprinzip einen großen Teil des Materials ausschließt, hatten die Herausgeber noch immer große Probleme bei der Auswahl – sollten die *Collected Writings* nicht zwei- oder dreimal so umfangreich werden, wie die vorliegende Ausgabe. Einige Bände einer solchen vollständigen Ausgabe würden dann womöglich einzig und allein solche Texte enthalten wie ablehnende Bescheide seitens *The Economic Journal*, höfliche Antworten auf die unzähligen Briefe, die er von ‚Geldspinnern‘ (*monetary cranks*) erhielt, oder Randbemerkungen oder Anmerkungen zu den Briefen, Notizen oder Schriftstücken von Staatsbeamten oder Ministern.“

Ich nehme an, daß die Korrespondenz mit Schülern Gesells, die Keynes auf die Existenz der „Natürlichen Wirtschaftsordnung“ aufmerksam machten, von Moggridge und Robinson zu den „unzähligen Briefen“ gezählt wurden. „die er von den *monetary cranks* erhielt“. Keynes (1936, 353, dt. 299) schrieb, daß Gesells „Anhänger“ ihn „mit Exemplaren seiner Werke ... bombardierten“. Keynes schilderte in der Tat, daß Gesells „Anhänger“ eine nahezu fanatische Verehrung für die Lehren ihres Mentors an den Tag legten: „Das letzte Jahrzehnt seines Lebens verbrachte Gesell in Berlin und in der Schweiz und widmete es der Propaganda. Gesell zog die halbreligiöse Verehrung auf sich, die früher Henry George umgab, und wurde der verehrte Prophet eines Kultus mit Tausenden von Anhängern in der ganzen Welt. Die erste internationale Zusammenkunft des schweizerischen und deutschen Freiland-Freigeld-Bundes und ähnlicher

Organisationen aus vielen Ländern wurde 1923 in Basel abgehalten. Nach seinem Tod 1930 wurde ein großer Teil der besonderen Art der Schwärmeri, die Doktrinen wie die seinen hervorrufen können, auf andere (nach meiner Ansicht weniger bedeutende) Propheten gelenkt. Dr. Büchi ist der Führer der Bewegung in England, aber ihre Literatur scheint von San Antonio, Texas, verbreitet zu werden. Ihre Hauptstärke liegt heute in den Vereinigten Staaten, wo Prof. Irving Fisher als einziger unter den akademischen Ökonomen ihre Bedeutung erkannt hat.“ (Keynes 1936, 354-355, dt. 299-300)

In San Antonio, Texas, befand sich der Sitz der *Free-Economy Publishing Company*, die Gesells Werk „Die Natürliche Wirtschaftsordnung“ in englischer Sprache herausgegeben hat. Derselbe Verlag gab auch eine Zeitschrift heraus mit dem Titel „*The Way Out*“, die eine Reihe von Lobreden auf Gesells Größe veröffentlichte, aber auch Aufsätze, die seine Ideen weiterentwickelten, besonders sein System des gestempelten Geldes als Grundlage zur Überwindung der Weltwirtschaftskrise. Einer der leidenschaftlichsten Anhänger Gesells, Hugo R. Fack (1931, 7-10), legte in „*The Way Out*“ die einzelnen Schritte dar, die in den Vereinigten Staaten unternommen werden sollten, um gestempeltes Geld einzuführen.

Die Veröffentlichungen der *Free-Economy Publishing Company* behielten immer eine feindselige Haltung gegenüber Marx bei, aber eine Begeisterung für Sozialisten mit eher anarchistischen Tendenzen. So finden sich beispielsweise auf der Titelseite der Februarausgabe 1943 zu einem Artikel unter dem Pseudonym „*Economicus*“ (1934, 1 – vielleicht Hugo Fack selbst) Zitate von Karl Kautsky über die grundlegenden Ziele des wahren Sozialismus. Wenn das Ziel des Sozialismus, so ein Zitat Kautskys, „die Aufhebung jeder Art von Ausbeutung und Unterdrückung ist, gegen welche Klasse, Geschlecht, Partei oder Rasse diese auch gerichtet sind“, besser erreicht werden könne „auf der Grundlage von Privateigentum“, dann solle man unbedingt „den Sozialismus über Bord werfen, ohne jedoch auch nur im geringsten unsere endgültigen Ziele aufzugeben“. Der Sozialismus, und damit meint er wahrscheinlich die Abschaffung des Privateigentums, war für Kautsky nicht ein Ziel an sich: diese Haltung war ganz im Sinne der Gesellianer.

Obwohl die beiden Schulen ideologisch im Streit lagen, ähnelte der propagandistische, sich wiederholende und voraussagbare Ton der Publikationen der *Free-Economic Publishing Company* verschiedenen Pamphleten der Österreichischen Schule. Auf der anderen Seite besaßen die Gesellianer und die Österreicher eine bewunderswerte Konsequenz, die mit Sicherheit nicht bei orthodoxen Ökonomen zu finden ist. Es war vielmehr der Tonfall der verschiedenen Veröffentlichungen der *Free-Economy Publishing Company*, der allem Anschein nach dazu führte, daß *Keynes* „wie andere akademische Ökonomen ... seine (*Gesells*) tief originellen Bestrebungen als nichts Besseres als die eines Überspannten“ behandelte. (1936, 353, dt. 299). *Keynes* schrieb, daß er erst später seine Meinung über *Gesell* geändert habe, als er auf seine Weise zu ähnlichen Schlußfolgerungen gelangt war. Nachdem er die „*Natürliche Wirtschaftsordnung*“ gelesen hatte, war *Keynes* in der Lage, einen Unterschied zwischen *Gesell* und seinen Anhängern zu machen, so wie auch viele heutige Wissenschaftler *Keynes* von den Keynesianern trennen mußten: „Es ist zweckmäßig, an dieser Stelle den seltsamen, zu Unrecht übersehenen Propheten *Silvio Gesell* (1862-1930) zu erwähnen, dessen Werk Einfälle tiefer Einsicht enthält und der nur gerade eben verfehlte, bis zum Kern der Sache vorzudringen. In den Nachkriegsjahren bombardierten mich seine Anhänger mit Exemplaren seiner Werke; aber wegen gewisser offenkundiger Mängel seiner Beweisführung verfehlte ich vollständig, ihre Vorzüge zu entdecken. Wie so oft im Falle unvollkommen analysierter Eingebungen wurde ihre Bedeutung erst augenscheinlich, seitdem ich meine eigenen Folgerungen auf meine Art erreicht hatte... Trotz des prophetischen Schmuckes, mit dem ihn seine Verehrer ausgestattet haben, ist *Gesells* Hauptwerk in kühler, wissenschaftlicher Sprache geschrieben, obschon es durchweg von einer leidenschaftlicheren, einer erregteren Hingebung für gesellschaftliche Gerechtigkeit durchströmt ist, als manche für einen Gelehrten schicklich finden... Der Zweck des Buches als Ganzes kann als die Aufstellung eines antimarxistischen Sozialismus beschrieben werden, eine Reaktion gegen das *Laissez-faire*, auf theoretischen Grundlagen aufgebaut, die von jenen von *Marx* grundverschieden sind, indem sie sich auf eine Verwerfung statt auf eine Annahme der klassischen Hypothesen stützen und auf eine Entfesselung des Wettbewerbs statt auf seine Abschaffung. Ich glaube, daß die Zukunft mehr vom

Geiste Gesells als von jenem von *Marx* lernen wird. Das Vorwort zu *Die Natürliche Wirtschaftsordnung* wird dem Leser die moralische Höhe *Gesells* zeigen. Die Antwort auf den Marxismus ist nach meiner Ansicht auf den Linien dieses Vorwortes zu finden.“ (*Keynes* 1936, 353 und 355, dt. 298 und 300)

Der Ruf der Gesellianer nach einem „anti-marxistischen Sozialismus“ erfuhr eine heftige Reaktion von *Maurice Dobb* (1936, 7-10), dem Marxisten aus Cambridge. Er verfaßte ein Pamphlet mit dem Titel „*Social Credit Discredited*“, das in demselben Jahr wie die „*Allgemeine Theorie*“ veröffentlicht wurde. *Dobb's* Pamphlet war ein direkter Angriff auf einen anderen von *Keynes'* Ketzern, *Major Douglas*, der zwar intuitiv Richtiges erkannt, aber am wenigsten gründlich gearbeitet hat. *Dobb* erwähnte auch „das System *Gesells*“, das in reaktionären Kreisen viel zu Propagandazwecken benutzt werde.* Der Ausdruck „*Macht des Geldes*“, der in der Rhetorik der Verfechter des *social credit* eine auffallende Rolle spielt, diente auch als verschlüsselter Hinweis auf eine „jüdische Clique von internationalen Bankiers“. In den Schriften von *Gesells* Schülern, von denen einige selbst Juden waren, war dies viel weniger der Fall. Aber der Bezug wurde ausdrücklich von dem Faschisten *Oswald Mosley* in Großbritannien hergestellt.⁵

Ich hatte aufgrund des Zeitpunktes seiner Veröffentlichung vermutet, daß *Dobb's* Pamphlet auch eine verschleierte Kritik an *Keynes'* „*Allgemeiner Theorie*“ war. Aber *Dobb's* Biograph *Brian Pollitt* von der Universität Glasgow hat mich in einem Brief vom 29. Oktober 1993 eines Besseren belehrt: „... Ich fände es ratsam, wenn Sie die Einstellung *Dobb's* zur Frage des *Social Credit* zu einem viel früheren Zeitpunkt ansetzen als im Jahr 1936 und dem Erscheinen der *Allgemeinen Theorie*. Als *Dobb* 1922 sein Studium der Wirtschaftswissenschaften in Cambridge abschloß, griff er *Major Douglas* in einem Artikel *Does the World Need More Money? A Reply to Major Douglas* an (*Communist Review* vom Mai 1922, S. 29-41). Dieser Artikel wurde im Juni (?) 1922 in der Zeitschrift *Public Welfare* besprochen, dem Organ der Bewegung des *Social Credit*. *Dobb's* Angriff auf *Social Credit* ist also ganz unabhängig von *Keynes'* Arbeit in den dreißiger Jahren. Er bezieht sich im allgemeinen auf frühere, vereinfachtere Vorstellungen, die den

Problemen des Kapitalismus den einfachen Ausweg „mehr Geld“ entgegensetzten. Im Kontext der Jahre 1935/36 vermute ich, daß die ökonomischen Theorien, die Oswald Mosley als Führer der British Union of Fascists vertrat und die in mancher Hinsicht denen der Social-Credit-Bewegung sehr ähnlich zu sein schienen, eher eine Zielscheibe des Angriffs von Dobb waren als Keynes. Das faschistische Italien und Nazi-Deutschland waren natürlich zwei engverbundene, eindeutige Fälle, in denen Defizit-finanzierte Staatsausgaben für Arbeitsplatzbeschaffung (verbunden mit Wieder- aufrüstungsprogrammen) in Keynes'schem Stil Staatspolitik waren. Das war der Grund, weshalb einige Marxisten wie Jürgen Kuczynsky – aber nicht Dobb – Keynes und sogar Joan Robinson als „Neofaschisten“ bezeichneten.“

Was ist also der wesentliche Inhalt von *Gesells* Erläuterungen im Vorwort zur „*Natürlichen Wirtschaftsordnung*“? Worin besteht die, laut Keynes, „*moralische Höhe*“ *Gesells*? Was sind die Grundzüge eines „*antimarxistischen Sozialismus*“?

Gesell (1934, xii-xiv, dt. XVI im Band 11 der Gesammelten Werke) verteidigte am Beginn seines Vorwortes ganz energisch ein Wirtschaftssystem, das auf individueller Befriedigung und Eigennutz basiert: „*Die religiösen Forderungen des Christentums dürfen wir nicht auf die Wirtschaft übertragen; sie versagen hier und schaffen nur Heuchler.*“ Zugleich trat er einem zentralen Irrtum der meisten unbegabten Verfechter des ökonomischen Individualismus, der Vertreter des Manchestertums, entgegen. Zwar brachte *Gesell* ganz offen seine Begeisterung für das Manchestertum zum Ausdruck: „*Diese natürliche Wirtschaftsordnung könnte man auch als ‚Manchestertum‘ bezeichnen, jene Ordnung, die den wahrhaft freien Geistern immer als Ziel vorgeschwebt hat – eine Ordnung, die von selber, ohne fremdes Zutun steht und nur dem freien Spiel der Kräfte überlassen zu werden braucht, um alles das, was durch amtliche Eingriffe, durch Staatssozialismus und behördliche Kurzsichtigkeit verdorben wurde, wieder ins richtige Lot zu bringen.*“ (Band 11, XVII) Andererseits war *Gesell* weit davon entfernt, ein Anarcho-Liberalist zu sein.⁶ Vielmehr war er der Meinung, daß der Staat die Aufgabe habe, die rechtliche Ordnung aufrechtzuerhalten, innerhalb der der individuelle Unternehmungsgeist genügend Spielraum hat, um dauerhaften

Wohlstand zu schaffen. Der Staat muß sich so verhalten, daß „*ein wirklich freies Spiel der Kräfte*“ möglich wird, statt, wie es in der Vergangenheit geschehen ist, „*das freie Spiel der wirtschaftliche Kräfte zu zerstören*“.

Gesell (1934, xiv-xvi) brach in viererlei Hinsicht mit der Manchesterschule. Das „*freie Spiel der wirtschaftlichen Kräfte*“ würde seiner Einschätzung nach keineswegs zu vier erwünschten Resultaten führen, die das Manchestertum prophezeite. (1) Ein System des reinen *Laissez-faire* würde den Zinsfuß nicht gegen Null treiben. (2) Es würde nicht zu einer weitaus gerechteren Verteilung des Reichtums führen. (3) Es würde die Wirtschaftskrisen nicht beseitigen. Und (4) würde es in der Bevölkerung kein steuerbares Vermögen hervorbringen und somit auch nicht jedwede Verschuldung überwinden. Im Grunde würden die heilsamen Wirkungen des Manchestertums nicht zum Tragen kommen, weil „*... die Manchesterleute aufgrund ihrer Unkenntnis der Geldtheorie kritiklos das traditionelle Geldsystem übernahmen, das versagt, sobald sich die Wirtschaft im Sinne der manchesterlichen Erwartungen entwickelt.*“ Und *Gesell* schlußfolgerte: „*Die Manchesterleute wußten nicht, daß das Geld den Zins zur Bedingung seiner Tätigkeit macht, daß die Wirtschaftsstockungen, der Fehlbetrag im Haushaltsplan der erwerbenden Klasse und die Arbeitslosigkeit einfach Wirkungen des herkömmlichen Geldes sind.*“ (Band 11, XIX-XX)

Um die Grenzen des Manchestersystems, die auf einem mangelhaften Geldsystem basieren, zu überwinden, müsse der Staat Maßnahmen ergreifen, die sowohl das Geld als auch das Land befreien; er müsse die notwendigen Schritte unternehmen, um die Geldzinsen und die Bodenrente zu beseitigen. Dann, und erst dann, würden die Voraussetzungen für ein „*wahrhaft freies Spiel der wirtschaftlichen Kräfte*“ geschaffen. Unter den Bedingungen eines Geldsystems, das beispielsweise als Stempelgeldsystem eingerichtet ist, würden eine unverfälschte „*natürliche Auslese*“ (oder Wettbewerb) und eine reine Leistungsgesellschaft möglich. Eine reine Leistungsgesellschaft war *Gesells* Idealvorstellung: „*Die Auslese durch den freien, von keinerlei Vorrecht mehr gefälschten Wettbewerb wird in der natürlichen Wirtschaftsordnung vollständig von der persönlichen Arbeitsleistung geleitet, wird also zum einem Sichaus-*

wirken der Eigenschaften des einzelnen Menschen.“ (Band 11, XX)

Worin bestand die Alternative zum Manchestersystem einschließlich *Gesells* Verbesserung des Geldwesens? In nichts geringerem als der gefürchteten Bestie des Kommunismus, einem Gesellschaftssystem, das nach *Gesells* Ansicht im Widerspruch zum Individualismus stand: „Wir haben zu wählen zwischen der Beseitigung der Baufehler unserer alten Wirtschaftsweise und dem Kommunismus, der Gütergemeinschaft. Ein anderer Ausweg ist nicht da. ... Wahrhaftig, ein für die Betroffenen musterhafter Zustand, der nur von denjenigen nicht als das goldene Zeitalter anerkannt wurde, die von diesen Freiheiten infolge der Baufehler unserer im Grundgedanken richtigen Wirtschaft keinen Gebrauch machen konnten – von den Proletariern. Sind aber diese Klagen der Proletarier, sind die Baufehler in unserer Wirtschaft nun ein Grund, um diese selbst zu verwerfen und dafür ein Neues einzuführen, das diese Freiheiten allen rauben und das ganze Volk in die allgemeine Gebundenheit stürzen soll? Wäre es nicht im Gegenteil vernünftiger, die Baufehler zu beseitigen, die klagende Arbeiterwelt zu erlösen und dadurch allen Menschen, restlos allen, die wunderbare, im Grundplan liegende Freiheit zugänglich zu machen?“ (XX und XXII im Band 11)

Und natürlich war *Gesells* Anschauung über den besten „Ausweg“ in einem philosophischen Individualismus begründet: „Aus dem Kapitalismus müssen wir heraus; das erkennen sogar die Kapitalisten selbst. Der Bolschewismus oder Kommunismus mag für unentwickelte Kulturzustände, wie man sie noch vielfach auf dem Lande in Rußland antrifft, möglich sein, aber für eine hochentwickelte, auf Arbeitsteilung einggerichtete Volkswirtschaft sind solche vorgeschichtlichen Wirtschaftsformen nicht anwendbar. Der Europäer ist den von dem Kommunismus untrennbaren Gebundenheiten entwachsen. Er will frei sein, nicht allein frei von der kapitalistischen Ausbeutung, sondern auch frei von den behördlichen Eingriffen, die sich doch beim Zusammenleben in einer auf Kommunismus eingerichteten Gemeinschaft nicht vermeiden lassen.“ (XXV und XXVI im Band 11)

Die Verstaatlichung der Industrie und eine Planwirtschaft seien falsche Wege. Die Verstaatlichung von Land und ein System des ge-

stempelten Geldes könnten hingegen Bedingungen schaffen, unter denen der Einzelne sich entfalten könnte und ein allgemeiner wirtschaftlicher Aufschwung möglich würde. Eine „kapitalistische Ausbeutung“ könnte vermieden werden, indem man den Kapitalismus erfolgreicher macht, d. h. so effektiv, daß er mittels entsprechender Veränderungen zu einer Überfluswirtschaft wird.

Wie läßt sich diese Anschauung mit der „Sozialphilosophie“ vergleichen, die *Keynes* in der „Allgemeinen Theorie“ vertritt? Nachdem er seine „Allgemeine Theorie“ als Alternative zur „klassischen Theorie“ vorgestellt hatte, legte *Keynes* am Ende des Buches ausführlich dar, welche Folgen sich daraus für die Sozialpolitik ergeben. Diese Ausführungen legen den Schluß nahe, daß *Keynes* hinsichtlich der Ausweitung der Rolle des Staates weitergehen wollte als *Gesell*, wobei jedoch noch immer ein großer Spielraum für den Individualismus bliebe: „In einigen anderen Beziehungen ist die vorgehende Theorie in ihren Folgerungen gemäßigt konservativ. Denn während sie auf die lebenswichtige Bedeutung der Erstellung gewisser zentraler Leitungen in Sachen hinweist, die nun in der Hauptsache der einzelnen Initiative überlassen sind, gibt es doch weite Gebiete der Tätigkeit, die unberührt bleiben. Der Staat wird einen leitenden Einfluß auf den Hang zum Verbrauch teilweise durch ein System der Besteuerung, teilweise durch die Festlegung des Zinsfußes und teilweise vielleicht durch andere Wege ausüben müssen. Ferner scheint es unwahrscheinlich, daß der Einfluß der Bankpolitik auf den Zinsfuß an sich genügend sein wird, um eine Optimumrate der Investition zu bestimmen. Ich denke mir daher, daß eine ziemlich umfassende Verstaatlichung der Investition sich als das einzige Mittel zur Erreichung einer Annäherung an Vollbeschäftigung erweisen wird; obschon dies nicht alle Arten von Zwischenlösungen und Verfahren ausschließen muß, durch welche die öffentliche Behörde mit der privaten Initiative zusammenarbeiten wird. Aber darüber hinaus wird keine offensichtliche Begründung für ein System des Staatssozialismus vorgebracht, das den größten Teil des wirtschaftlichen Lebens des Gemeinwesens umfassen würde. Es ist nicht der Besitz der Erzeugungsgüter, deren Aneignung wichtig für den Staat ist. Wenn der Staat die der Vermehrung dieser Güter gewidmete Gesamtmenge der Hilfsmittel und die grundlegende Rate der Belohnung an ihre Besitzer bestimmen kann,

wird er alles erfüllt haben, was notwendig ist. Die notwendigen Maßnahmen der Verstaatlichung können überdies allmählich eingeführt werden und ohne einen Bruch in den allgemeinen Überlieferungen der Gesellschaft.

Unsere Kritik der akzeptierten klassischen Theorie der Wirtschaftslehre bestand nicht so sehr darin, logische Fehler in ihrer Analyse zu finden, als hervorzuheben, daß ihre stillschweigenden Voraussetzungen selten oder nie erfüllt sind, mit der Folge, daß sie die wirtschaftlichen Probleme der wirklichen Welt nicht lösen kann. Wenn es aber unseren zentralen Leitungen gelingt, eine Gesamtmenge der Erzeugung festzusetzen, die mit Vollbeschäftigung so nah als durchführbar übereinstimmt, wird die klassische Theorie von diesem Punkt an wieder zu ihrem Recht kommen. Wenn wir die Menge der Produktion als gegeben annehmen, das heißt als von Kräften außerhalb des klassischen Gedankensystems bestimmt, dann kann kein Einwand gegen die klassische Analyse erhoben werden über die Art, in der privates Selbstinteresse bestimmen wird, was im einzelnen erzeugt wird, in welchen Verhältnissen die Erzeugungsfaktoren vereinigt werden, um es zu erzeugen, und wie der Wert des endgültigen Erzeugnisses unter ihnen verteilt wird. Oder, wenn wir anderweitig das Problem der Sparsamkeit behandelt haben, kann kein Einwand gegen die moderne klassische Theorie erhoben werden über den Grad der Vereinbarkeit zwischen privatem und öffentlichem Vorteil unter Zuständen des vollkommenen Wettbewerbs einerseits und des unvollkommenen andererseits. Von der Notwendigkeit zentraler Leitung für die Herbeiführung eines Ausgleichs zwischen dem Hang zum Verbrauch und der Veranlassung zur Investition abgesehen, besteht somit nicht mehr Grund für die Verstaatlichung des wirtschaftlichen Lebens als zuvor.

Um den Punkt konkret darzustellen: ich sehe keinen Grund anzunehmen, daß das bestehende System die in Gebrauch befindlichen Erzeugungsfaktoren ernstlich fehlbeschäftigt. Es kommen natürlich Fehler in der Voraussage vor; aber diese würden durch eine Zentralisierung der Entscheidungen nicht vermieden werden. Wenn von 10.000.000 arbeitswilligen und arbeitsfähigen Menschen 9.000.000 beschäftigt werden, liegen keine Beweise dafür vor, daß die Arbeit dieser 9.000.000 Menschen fehlgeleitet wird. Die Beschwerde gegen das gegenwärtige System ist nicht, daß diese 9.000.000 Menschen für andere Auf-

gaben beschäftigt werden sollten, sondern daß Aufgaben für die übrigen 1.000.000 Menschen verfügbar sein sollten. Das bestehende System ist in der Bestimmung der Menge und nicht in der Richtung der tatsächlichen Beschäftigung zusammengebrochen.

Ich stimme somit mit Gesell überein, daß das Ergebnis der Lückenausfüllung in der klassischen Theorie nicht darin besteht, das ‚Manchestersystem‘ aufzugeben, sondern die Natur der Umwelt zu bestimmen, die das freie Spiel der wirtschaftlichen Kräfte erfordert, wenn es die vollen Möglichkeiten der Erzeugung verwirklichen soll. Die zentralen Leitungen, die für die Sicherung von Vollbeschäftigung erforderlich sind, bringen natürlich eine große Ausdehnung der überlieferten Aufgaben der Regierung mit sich. Außerdem hat die moderne klassische Theorie selbst die Aufmerksamkeit auf verschiedene Zustände gelenkt, in denen es notwendig sein mag, das freie Spiel der wirtschaftlichen Kräfte zu zügeln oder zu leiten. Aber es wird immer noch ein weites Feld für die Ausübung der privaten Initiative und Verantwortung verbleiben. Innerhalb dieses Feldes werden die überlieferten Vorteile des Individualismus immer noch Geltung haben.“ (Keynes 1936, 378-380, dt. 318-320)

Im unmittelbar darauffolgenden Abschnitt hob Keynes hervor, wie entscheidend ein liberales Ethos als Wegweiser für eine Gestaltung der Gesellschaft ist: „Halten wir einen Augenblick ein, um uns zurückzurufen, was diese Vorteile sind. Sie sind teilweise Vorteile der Leistungsfähigkeit – die Vorteile der Dezentralisation und des Spiels des Selbstinteresses. Die Steigerung der Leistungsfähigkeit, die sich aus der Dezentralisation der Entscheidungen und der einzelnen Verantwortung ergibt, ist vielleicht noch größer, als das 19. Jahrhundert annahm; und die Gegenbewegung, die dem Aufruf an das Selbstinteresse folgte, mag zu weit gegangen sein. Vor allem aber ist der Individualismus, wenn er von seinen Mängeln und Mißbräuchen gereinigt werden kann, die beste Gewähr der persönlichen Freiheit in dem Sinne, daß er im Vergleich zu anderen Systemen das Feld für die Ausübung der persönlichen Auswahl stark erweitert. Er ist auch die beste Gewähr für die Vielseitigkeit des Lebens, die gerade aus diesem weiten Feld der persönlichen Auswahl hervorgeht und deren Verlust der größte aller Verluste des gleichgearteten oder totalen Staates ist.“ (Keynes 1936, 380, dt. 320-321)

Keynes teilte offensichtlich *Gesells* Wunsch nach einer Veränderung des Kapitalismus, die ihn gegen den „Bolschewismus“ immun machen würde. Die Grundlage für Keynes' Bereitschaft, eine „ziemlich umfassende Verstaatlichung der Investition“ zu vertreten, oder was er an früherer Stelle als „liberalen Sozialismus“ bezeichnet hat, ergab sich direkt aus seiner Kritik an *Gesells* Vorschlag, gestempeltes Geld einzuführen – daß nämlich dies einfach nicht genüge, um Vollbeschäftigung zu erreichen.⁷ Außer dem Geld und dem Land würden andere Dinge die investitionshemmende Wirkung des zinstragenden Geldes übernehmen.

Keynes blieb *Marx* gegenüber sehr kritisch eingestellt. Typisch für seine Äußerungen war eine Bemerkung 1942 gegenüber *Joan Robinson*. *Marx* „habe einen scharfsinnigen und ursprünglichen Instinkt, sei aber doch ein sehr mangelhafter Denker ...“ (*Moggridge*, 1992, 470) *Donald Moggridge* beobachtete, daß *Keynes* abgesehen von der Tatsache, daß er „... *Marx* gegenüber ‚offenkundig stocktaub‘ war, ... den sowjetischen Kommunismus in den 30er Jahren verabscheute – mehr noch als in den 20er Jahren“. (ebd.) *Moggridge* gibt ein Zitat von *Keynes* wieder, der den Sowjetkommunismus als „das schlimmste Beispiel (beschreibt), das die Welt wohl je an administrativer Inkompetenz gesehen hat und dem fast alles zum Opfer fällt, was das Leben für Dummköpfe lebenswert macht.“ Und er beschreibt, wie *Keynes* „*Stalins* Schauprozesse und Säuberungsaktionen mit entsetzter Faszination“ betrachtet hat. (ebd.)

Doch *Keynes*' feindselige Einstellung gegenüber dem Kommunismus oder zumindest gegenüber den britischen Befürwortern des Kommunismus war nicht so stark ausgeprägt wie die *Gesells*. Während er sich in der Öffentlichkeit immer negativ über das sowjetische Experiment und *Karl Marx* äußerte, blieb *Keynes* der jüngeren Generation von Kommunisten, dem Geheimbund an der Universität von Cambridge, verbunden, obwohl dort viele offen ihre Begeisterung für den Kommunismus zum Ausdruck brachten und einige schließlich als sowjetische Agenten fungierten. Zu ihnen gehörten *Anthony Blunt*, *Guy Burgess* und *Michael Straight*. *Keynes* war ein unerschrockener Schwärmer für „die jungen Amateurkommunisten“, nicht aber für „die professionellen Kommunisten“. (ebd., 1992).⁸

Dennoch gelangte *Keynes*' Erwägung der kommunistischen Alternative vermutlich nicht in erster Linie durch seinen philosophischen Liberalismus an ihre Grenzen. *Keynes*' im Grunde elitärer Geist mußte schon im Prinzip durch die Gleichmacherei des Kommunismus in Unruhe versetzt werden. *Keynes* konnte prinzipiell nicht die Vorteile einer Welt ins Auge fassen, in der die Arbeiterklasse an der Macht war: „*Es ist leicht, sich Keynes (den Liberalen) als zumindest potentiell Mitglied der Konservativen Partei von Macmillan und Butler vorzustellen – die beide seine engen Freunde wurden, was man von keinem führenden Politiker der Labour Party sagen konnte. Er bewunderte das elitäre Wesen des Konservatismus: ‚Der innere Kreis der Partei kann praktisch die Details und Methoden der Staatsführung diktieren‘, bemerkte er bewundernd. Er wandte sich einzig und allein gegen elitäre Dummheit. Keynes glaubte an angeborene Fähigkeiten der Menschen und beklagte einzig die Tatsache, daß der Konservatismus mit seinem Festhalten am Erbprinzip verhindere, daß eine natürliche Fähigkeit an die Spitze gelange. Eine konservative Partei unter Führung von Männern in der Tradition von Oxford und Cambridge hätte seinen Widerspruch nicht in dem Maße hervorgerufen wie eine Partei, die die Kabinette noch immer mit Herzögen bestückte. Und als er älter wurde und selbst ins Oberhaus gelangte, erschien ihm die mit dem Erbprinzip verbundene Dummheit und Klassenvorurteile weniger schädlich als ähnliche Tendenzen in der Labour Party ... Keynes wandte sich entschieden gegen das Klassendenken der sozialistischen Ideologie und Politik. ‚Sie (die Labour Party) ist eine Klassenpartei, und die Klasse ist nicht meine Klasse. Wenn ich überhaupt partikularistische Interessen verfolge, dann werde ich meine eigenen wahrnehmen ...‘“ (*Skidelsky*, 1992, 232-233)*

Indem er seine eigenen Interessen verfolgte, mußte *Keynes* fast zwangsläufig *Gesell* entdecken, eine weitere Stimme, die für einen „Mittelweg“ zwischen Bolschewismus und Manchesterium eintrat. Es war eine Stimme, die so stark *Keynes*' eigener Vision entsprach, daß er sich vorübergehend zu dem Versuch veranlaßt sah, *Gesell* der Vereinnahmung durch die propagandistischen Aktivitäten der *Gesellianer* zu entziehen. Daher finden wir in *Keynes*' „Allgemeiner Theorie“ Abschnitte, die „in hohem Maße beeinflusst sind“ von *Gesells* „anti-marxisti-

schem Sozialismus“, den Keynes positiver als „liberalen Sozialismus“ bezeichnete.

Anmerkungen

Mein besonderer Dank geht an Louisa Dillard, die das umfangreiche Material herausuchte und mir zur Verfügung stellte, das ihr verstorbener Gatte, Dudley Dillard, von Silvio Gesells amerikanischen Schülern gesammelt hat. Dudley Dillard untersuchte die Verbindung zwischen Keynes und Gesell, worauf er durch Gesells Verständnis für den „anti-marxistischen Sozialisten“ Proudhon gestoßen war, fünfzig Jahre, bevor ich mich mit der Thematik dieses Aufsatzes auseinandersetzte. Ich danke auch Michael Lawlor und Rod O'Donnell für ihre Anregungen. Eine Version dieses Aufsatzes wurde anlässlich der Eastern Economic Association meetings, 17.-19. März 1994 in Boston, Massachusetts, vorgestellt.

- 1 Der verstorbene Dudley Dillard (1942a, 1942b) hat die Beziehung zwischen Keynes und Gesell am systematischsten erforscht. In diesem Zusammenhang ist es bemerkenswert, daß beide Abhandlungen Dillards über Gesell nur sechs Jahre nach Erscheinen der „Allgemeinen Theorie“ veröffentlicht wurden. Dillard (1942a) legt in einer der beiden Abhandlungen in überzeugender Weise dar, daß Gesell den Vorschlag von gestempeltem Geld in der Hand hatte, bevor er seine theoretische Rechtfertigung entwickelte.
Rod O'Donnell (1989, 273-330) hat sich mit Keynes' Staatsphilosophie beschäftigt und hebt hervor, wie sehr sich Keynes in seinem Werk an C. E. Moores ethische Auffassung anlehnt, und daß er seine soziale Vision sein ganzes Leben lang beibehalten hat. Besonders bemerkenswert ist Keynes' Ablehnung des laissez-faire-Prinzips als Ordnungs- (oder Unordnungs-) prinzip für die Wirtschaft und seine Begeisterung für den britischen Liberalismus des frühen zwanzigsten Jahrhunderts. Siehe auch O'Donnell (1991).
- 2 Bei beiden Bänden lag für Philip M. Pves Übersetzung die 4.-6. deutsche Ausgabe zugrunde, die erstmalig 1920 auf deutsch erschien. Laut Keynes (1936, 300) „unterscheidet er (Gesell) deutlich zwischen dem Zinsfuß und der Grenzleistungsfähigkeit des Kapitals, und er legt dar, daß es der Zinsfuß ist, der der Wachstumsrate des Realkapitals eine Grenze setzt.“
- 3 Proudhon (1809-1865) war der führende französische sozialistische Intellektuelle mit sehr anarchistischen Zügen. Er war ein produktiver Schriftsteller und Pamphletist, und die umfassendste Darstellung seiner Gedanken findet man in seinem 1846 erschienenen Werk „The Philosophy of Poverty“ (Proudhon, 1923), die Marx zu einer vernichtenden Kritik über die Jahre 1846-1847 veranlaßte, die er „Das Elend der Philosophie“ nannte (Marx, 1847). Dieser Gedankenaustausch fand am Vorabend der 1848er Revolution statt, deren Verlauf dazu führte, daß sich Marx nach London ins Exil begab. Obwohl die beiden Männer miteinander befreundet waren, führten sie offenbar viele hitzige Auseinandersetzungen, und ihre Anschauungen waren grundverschieden, obwohl sie beide Radikale waren.
Marx schrieb sogar am Beginn von „Das Elend der Philosophie“ mit beißendem Spott: „M. Proudhon hat das Pech, in Europa seltsamerweise mißverstanden zu werden. In Frankreich hat er das Recht, ein schlechter Ökonom zu sein, da er als guter deutscher Philosoph bekannt ist. In Deutschland hat er das Recht, ein schlechter Philosoph zu sein, da er in dem Ruf steht, einer der fähigsten französischen Ökonomen zu sein. Da wir sowohl Deutscher als auch Ökonom sind, möchten wir gegen diesen doppelten Irrtum protestieren.“ (Zitat) Ihre Hauptdifferenz bestand in Marx' Ablehnung von Proudhons Anarchismus und Marx' Ansicht, daß es Proudhons Theorien an der Konstruktion einer gesunden Kritik der bisherigen Lehre der politischen Ökonomie mangle. Der liberalistische Aspekt von Proudhons anarchistischen Ansichten übte wahrscheinlich auch auf Gesell eine Anziehungskraft aus.
- 4 Keynes (1936, 313) hat sehr wohl zwischen seinen geliebten „Ketzer“ unterschieden. Major Douglas ist nach Keynes „ein Gemeiner vielleicht, aber kein Major in der tapferen Armee der Ketzer“. Er habe mit seinem A+B Lehrsatz „kaum ein Anrecht begründet, mit Mandeville, Malthus, Gesell und Hobson im gleichen Rang zu stehen, die, indem sie ihren Eingebungen folgten, es vorzogen, lieber die Wahrheit unklar und unvoll-

ständig zu sehen, als Irrtum aufrechtzuerhalten ...“ Während Mandeville, Malthus, Douglas und Hobson als Verfechter des Unterverbrauchs gelten können, vertrat Keynes die Theorie der Unterinvestition. Gesell wiederum stand in dieser Hinsicht Keynes näher.

- 5 Hugo Fack schrieb einen am 10. April 1939 datierten Brief an Dudley Dillard, als Dillard noch ein Student an der Universität von Kalifornien in Berkeley war. Dillard war offenbar gerade dabei, biographische Informationen über Gesell zusammenzutragen. Fack schlug ihm vor, er solle unter anderem mit Frau Heimberg in Kontakt treten, die Fack als „Jüdin“ beschrieb, „zu deren Gunsten ich kürzlich eine eidesstattliche Erklärung zu beschaffen versuchte, was mir aber bisher nicht gelang, (und die) während der letzten zehn Jahre seines Lebens in engem Kontakt mit Gesell stand ...“ Er bat Dillard auch dringend, eine Vorlesung für Werner Zimmermann während dessen Aufenthalt in den Vereinigten Staaten zu organisieren, einem begeisterten Verfechter von Gesells Theorien in der Schweiz.
- 6 „Manchesterium“ ist eine Bezeichnung für das System des unbeschränkten freien Marktes, das von Ökonomen vorwiegend an der britischen Universität in Manchester vertreten wurde.
- 7 Zu Keynes' „liberalem Sozialismus“ sei wiederum auf R.M. O'Donnell verwiesen (1989, 322-24; 1991, besonders 18-23)
- 8 Siehe ebenfalls O'Donnell (1989, 288)

Literaturhinweise

- Dillard, D.: Gesells Monetary Theory of Social Reform, in: American Economic Review 1942a, S. 348-352; dt. Übers. von Elimar Rosenbohm in der Zeitschrift für Sozialökonomie 44, Folge (1980), S. 10-12.
- Dillard, D.: Keynes and Proudhon, in: The Journal of Economic History, 1942b, S. 63-76.
- Dobb, M.: Social Credit Discredited. London: Martin Lawrence 1936.
- Economicus (= Fack, H?): The Way Out, February 1934, S. 1.
- Fack, H.R.: The Age Old Secret of Money Power Revealed, in: The Way Out December 1931, S. 7-10.
- Gesell, S.: The Natural Economic Order – Money Part. San Antonio Texas: Free Economy Publishing Company, 1934
- Gesell, S.: The Natural Economic Order – Land Part. San Antonio Texas: Free Economy Publishing Company, 1936.
- Keynes, J.M.: The General Theory of Employment, Interest and Money London: Macmillan, 1936.
- Marx, K.: The Poverty of Philosophy, New York: International Publishers, 1936.
- Marx, K.: Theories of Surplus Value Part I. Moscow: Progress Publishers, 1963.
- Moggridge, D.E.: John Maynard Keynes – An Economist's Biography. London: Routledge, 1992.
- Moggridge, D. E. and Robinson, E. A. G.: Collected Writings of John Maynard Keynes – Volume 30: Bibliography and Index. London: Macmillan and Cambridge University Press, 1989.
- O'Donnell, R.M.: Keynes – Philosophy, Economics and Politics. New York: St. Martin's Press, 1989.
- O'Donnell, R.M.: Keynes' Political Philosophy, in: Themes in Keynesian Criticism and Supplementary Modern Topics, ed. by W.J. Barber. Aldershot: Edward Elgar, 1991, S. 3-28.
- Proudhon, P.J.: Systeme des Contradictions Economiques, ou: Philosophie de la Misere. Paris: M. Riviers, 1923, 2 Bde.
- Schumpeter, J.A.: History of Economic Analysis, New York: Oxford University Press, 1954.
- Skidelsky, R.: John Maynard Keynes: The Economist As Saviour 1920-1937. London: Macmillan, 1992.

Gesells „Natürliche Wirtschaftsordnung“ im Lichte der Kritik von Franz Oppenheimer

Übersicht

- 1 Einführung
- 2 Freiland-Freigeld
 - 2.1 Freiland
 - 2.2 Freigeld
 - 2.2.1 Geld als Erzeugnis der Gesetzgebung
 - 2.2.2 Das Geld für die Arbeitsteilung unentbehrlich
 - 2.2.3 Der Urzins
 - 2.2.4 Das Schrumpfgeld
- 3 Gesells Geldtheorie
 - 3.1 Das Geld als Wertmesser
 - 3.2 Der Geldwert
 - 3.3 Geld und ‚Geld‘
- 4 Gesells Krisentheorie
- 5 Schlußfolgerungen

1 Einführung

Silvio Gesells „Die natürliche Wirtschaftsordnung durch Freiland und Freigeld“ in ihrer 5. Auflage (erschienen 1922 im Freiland-Freigeldverlag, Rehbrücke bei Berlin, im folgenden zitiert als NWO), hat 1935 in der *Zeitschrift für schweizerische Statistik und Volkswirtschaft* (S. 313-343; im folgenden wird nur die jeweilige Seite angegeben und zitiert) eine eingehende Würdigung durch Prof. Dr. Franz Oppenheimer erfahren. Dieser betitelte seinen Beitrag mit „Freiland-Freigeld. Kritik der Geld- und Krisentheorie Silvio Gesells“.

Es gibt drei gute Gründe, hierauf heute noch einzugehen. Zum ersten die von Freiwirten zu Recht erhobene Klage, die etablierte national-ökonomische Zunft befaße bzw. befaßte sich nicht mit *Gesell*, die für Franz Oppenheimer – wie ersichtlich – nicht Geltung beanspruchen kann. Zum zweiten gilt es in der Auseinandersetzung mit Oppenheimer die von Freiwirten vehement vertretene These zu überprüfen, wonach *Gesell* in seinen Aussagen nicht kritisch widerlegt, sondern allenfalls unverstanden abgelehnt werden könne. Drittens läßt sich derzeit eine Renaissance des Denkens von Franz Oppenheimer feststellen. So werden gerade Oppenheimers Werke neu herausgegeben.

Oppenheimer stellt seinen Ausführungen eine Gliederung voran, mit den Hauptpunkten „Freiland-Freigeld“, „Gesells Geldtheorie“ und „Gesells Krisentheorie“ – (vgl. S. 313). Folgen wir seiner Gliederung und Gedankenführung, die ja auch der Gliederung bei *Gesell* (vgl. NWO, S. XXIII/XXIV) zu folgen scheint.

2 Freiland-Freigeld

2.1 Freiland

Zunächst geht Oppenheimer auf das Freiland ein (S. 313-315), auf die Bodenfrage, und beginnt seine Ausführungen mit herzlicher Zustimmung: „*Silvio Gesell will, und wir sind von Herzen einverstanden, die ‚natürliche Wirtschaftsordnung‘ herbeiführen* (mit Hinweis auf NWO S. 12, wo allerdings von ‚natürlicher Wirtschaftsordnung‘ nicht explizit die Rede ist, sondern von der Verwirklichung des vollen Arbeitsertrages). *Das Ziel ist das gleiche, dem aller Sozialismus zustrebt: die Beseitigung des arbeitslosen Einkommens, Grundrente und Kapitalprofit bzw. Zins, um jedem Schaffenden seinen vollen Arbeitsertrag zuzuführen. Darunter versteht er richtig, was ich die ‚rationelle Verteilung‘ nenne: die Verteilung nach der Leistung für die Gesellschaft, wie sie sich im freien Wettbewerb durchsetzt, nicht aber die mechanisch gleiche Verteilung, wie sie einige radikale Kommunisten planen. Denn die Naturgesetze ‚wollen den Wettstreit‘* (Hinweis auf NWO S. V). *Auch damit sind wir einverstanden*“ (S. 313). Er zitiert *Gesell* auch in Bezug auf die Voraussetzungen für einen natürlichen Wettstreit, nämlich die Ausschaltung von Vorrechten (vgl. S. 313f; NWO S. V).

Oppenheimer grenzt diesen natürlichen Wettstreit ab vom Manchestertum: „*Diese Auffassung ist nicht die des Manchestertums: ‚Es handelt sich nicht um eine Ordnung, die sich etwa von selbst als Naturprodukt einstellt. Eine solche Ordnung gibt es überhaupt nicht, denn immer ist die Ordnung, die wir uns geben, eine bewusste und gewollte Tat. Die Vorstellung ist also derjenigen der Physiokraten vom ‚ordre naturel‘ aufs nächste verwandt*“ (S. 314). Verschwinden müsse das

Gewalteigentum, als deren wichtigstes der Boden zu gelten habe (vgl. S. 314). Damit ist *Oppenheimer* bei der Forderung Freiland: „Das *Sondereigentum am Boden wird restlos abgelöst und wird der privaten Bewirtschaftung durch öffentliche Verpachtung im Meistbietungsverfahren überlassen*“ (S. 314; Hinweis auf NWO S. 68). *Oppenheimer* pflichtet *Gesell* in der Frage der Brechung des Bodenmonopols bei (vgl. S. 314f) und sieht *Gesell* in der Tradition der älteren Freiländer *Eugen Dühring*, *Henry George*, *Theodor Hertzka* und sich selbst stehend, wobei er unter Hinweis auf seine eigene Studie „*Henry George und die Einksteuer*“ die Frage aufwirft, ob man die Abschaffung des Bodenmonopols nicht gegen viel geringeren Widerstand und mit einer viel weniger radikalen Maßnahme durchsetzen könne.

2.2 Freigeld

Von „*Henry George, dem Gesell die Lehre vom Bodenmonopol verdankt*“ (S. 315) weiß *Oppenheimer* zu berichten, daß er der Überzeugung gewesen sei, daß mit der Beseitigung des Bodenmonopols „*alles getan sei, um das arbeitslose Einkommen ‚spurlos‘ verschwinden zu lassen. Er hielt nämlich den Zins für eine ‚legitime, natürliche Bildung*“ (S. 315). Wiederum ergreift *Oppenheimer* Partei für *Gesell*: „*Auch hier wieder müssen wir Gesell recht geben*“ (S. 315). Gegen die *Marx* zugeschriebene Auffassung, der Zins sei ein Aufschlag auf den natürlichen Preis, der in der Summe der Aufschläge Null ergebe, weil das Wirtschaftssubjekt als Käufer so viel verliert, wie als Verkäufer gewinnt, sagt *Oppenheimer*: „*Der Zins bzw. Profit ist nur zu erklären durch Abzüge vom vollen Arbeitsertrage der Schaffenden, nur als ‚Mehrwert‘, wie auch Gesell es tut: ‚die aufwiegenderische Ausbeutungstheorie*“ (S. 315 mit Hinweis auf NWO S. 289, wo *Gesell* dies als eine bei *v. Boehm-Bawerk*, *Der Kapitalzins* in geschichtlicher Darstellung, vorkommende Benennung für eine von verschiedenen Zinserklärungstheorien nachweist. *Gesell* schreibt dort, daß mit (der Einführung von) Freigeld alle diese Theorien, die er einzeln aufführt, in die Brüche gehen).

Folgerichtig stelle *Gesell* fest, daß nicht nur die Zinstheorie von *George* falsch ist, sondern auch Freiland allein kein „*Allheilmittel*“ (Hinweis auf NWO S. 106) sei (vgl. S. 315). Ein zweiter Abzug vom vollen Arbeitsertrage (nach der Bodenrente) sei durch das heutige

Geld bedingt. Weil *Oppenheimer* es so kurz und prägnant erklärt, was *Gesell* bewegt, hier die Wiedergabe im Original:

„*Der Gedankengang ist der folgende:*

- a) *das Geld ist ein ‚Erzeugnis der Gesetzgebung‘;*
- b) *das Geld ist für den Tauschverkehr unentbehrlich;*
- c) *das Geld erhebt bei jedem Tausch einen Aufschlag, den ‚Urzins‘. Dieser Urzins ist die Grundursache allen Zinses und Profits;*
- d) *darum muss das heutige Geld durch ein neues Geld ersetzt werden, das den Urzins nicht erheben kann: Freigeld*“ (S. 315f).

Zu diesen Gedankengängen äußert sich *Oppenheimer* nachfolgend in kritischer Weise.

2.2.1 Geld als Erzeugnis der Gesetzgebung

Er sieht *Gesell* dogmatisch in der Tradition von *Knapp* stehen, der „*in seinem berühmten Buch ‚Die staatliche Theorie des Geldes‘ das Geld für ein Geschöpf der Rechtsordnung‘ erklärt*“ (S. 316; in der NWO im Namensweiser S. 381 erscheint *Knapp* nur einmal; S. 119 ist die Rede von dessen zahlreichen Schülern, die einem Trugschluß verfallen seien). In der Tat schreibt *Gesell*: „*daß das Geld, und zwar staatliches Geld, unentratbare Voraussetzung entwickelter Arbeitsteilung ist und daß alle Warenbesitzer durch die Natur ihres Besitzes gezwungen würden, ihre Waren gegen Geldpapier anzubieten, also Nachfrage nach Geldpapier zu halten, falls der Staat kein anderes Geld machte*“ (NWO S. 138, im Text hervorgehoben). Vielleicht müßten wir heute mit Blick auf das Experiment von *Wörgl*¹ und heutige Tauschringe den Satz *Gesells* ergänzen. ... „*und falls der Staat nicht den Gebrauch anderer Tauschmittel wirksam untersagt*“². *Oppenheimer* jedenfalls sieht die Behauptung, das Geld sei Erzeugnis der Gesetzgebung, „*nur zur Hälfte*“ für „*richtig*“ (S. 316) an. Er verweist nicht ohne Berechtigung darauf, daß das Geld als Tauschmittel eine natürliche Entwicklung vollzogen habe, von der *Kaurimuschel* über andere Waren als Tauschgeld, „*lange bevor der Staat als Klassenstaat entstand, ja, bevor von einem ‚Staat‘ überhaupt die Rede sein konnte*“ (S. 316). Er verweist auf die ursprünglich private Ausgabe abgewogener Silberstücke, die mit dem Stempel eines (privaten) Bankhauses versehen gewesen seien. Erst danach habe der Staat eingegriffen. Er beanspruchte das alleinige Recht,

Geld auszugeben, angeblich, um Mißbräuche zu verhindern. Das aber sei dem Staate nicht genug gewesen. Als ‚Klassenstaat‘ *„bemerkte er bald, dass hier Gewinne gemacht, d. h. gestohlen werden können. Er verdarb das Geld, wie er alles verdirbt, was er mit seinen räuberischen Händen berührt, von der Religion bis zur Wissenschaft und zur Schule, setzte Gewicht- und Feingehalt herab und verordnete, dass das gefälschte Geld den alten Namen behalten und als Zahlungsmittel bei der Ablösung von Schulden nach dem Wortlaut des Schuldvertrages angenommen werden müsse. A. war dem B. fünf Pfund Silber schuldig. Der Staat befahl, dass künftig ein halbes Pfund – ein Pfund ist, und so hatte der Schuldner dem Gläubiger nur die Hälfte des Vereinbarten zu zahlen“* (S. 316).

Die Parallelität des vorstehenden Gedankens von *Oppenheimer* zu der nachfolgenden Aussage von *Friedrich August von Hayek* ist überdeutlich. *Hayek* schreibt: *„In Wahrheit ist das gesetzliche Zahlungsmittel einfach ein gesetzliches Mittel, um Menschen zu zwingen, etwas als Vertragserfüllung zu akzeptieren, was sie bei Vertragsschluss niemals beabsichtigt haben.“*³ Verblüffend ist auch die Staatsfeindlichkeit von *Oppenheimer*: seine fast anarchistische Haltung, die der des späten *Gesell* übrigens in nichts nachsteht.

Dennoch bleibt *Oppenheimer* einer längst vergangenen historischen Epoche verhaftet, wenn er schreibt: *„Wenn der Staat sich nicht eingemischt hätte, so wäre das Geld als Tauschmittel auch immer ohne weiteres Zahlungsmittel gewesen und geblieben, denn ein Pfund oder eine Mark, ein Talent, ein Peso waren ursprünglich Gewichte, nicht anderes als Gewichte, deren Schwere bekannt und durch den Gebrauch festgelegt war“* (316). Den Übergang zum Papiergeld, den *Gesell* so ausführlich darstellt (vgl. NWO S. 126-153), scheint *Oppenheimer* nicht nachvollzogen zu haben. Die Zahlungsmittelleigenschaft, die *Oppenheimer* als staatlich gewährleistet und juristisch bestimmt ansieht, habe keine ökonomische Kategorie. Entscheidend sei die ökonomische Funktion als Tauschmittel (vgl. S. 316 mit Hinweis auf die NWO S. 163).

2.2.2 Das Geld für die Arbeitsteilung unentbehrlich

Als nächstes greift *Oppenheimer* die *Gesellsche* These an, wonach Geld für die Arbeitsteilung unentbehrlich sei (vgl. S. 317 mit Hinweisen

auf die NWO S. 326 und 327). *Oppenheimer* hält den Satz nicht nur für falsch, sondern will ihn umkehren: *„Das Umgekehrte ist richtig: das Geld ist unbedingte Voraussetzung nicht voll entwickelter Arbeitsteilung“* (S. 317). Wiederum greift *Oppenheimer* in die Vorgeschichte des Geldes zurück. Als die Arbeitsteilung begann, habe es noch kein Geld gegeben. Einverstanden. Aber dann sieht er eine Entwicklung in Gang gesetzt, die nicht enden will, deren Endziel aber *„ist, den unmittelbaren, nicht durch Geld vermittelten Tausch von Ware gegen Ware zur Alleinherrschaft zu erheben. das Geld als Tauschmittel völlig ‚entbehrlich‘ zu machen“* (S. 317). Meint er hiermit das Projekt einer zentralen Tauschbank wie *Proudhon*? Wir wissen es nicht, er erwähnt sie nicht. Was *Oppenheimer* erwähnt, ist die Skontraktion, die Aufrechnung bei Messen und den Ausgleich nur der Salden, den Messwechsel und dann die Banknote als *„gewechseiter Wechsel“* (S. 317) und der Scheck. Die Banknote, die bei *Gesell* einen breiten Raum einnimmt und von der er ausgeht, ist unzweifelhaft Geld, zu dem es den Warenbesitzer drängt.

Was bei *Gesell* und zahlreichen *Freiwirten* kritisch zu betrachten ist, entgeht indes der Aufmerksamkeit *Oppenheimers*: nicht. Ich meine die Betonung oder Verengung des Geldbegriffes auf Bargeld.⁴ *Oppenheimer* kritisiert: *„Es ist unbegreiflich, dass Gesell sagen kann: ‚Verglichen mit dem baren Gelde ist der Scheck doch ein außerordentlich plummes Zahlungsmittel“*“ (S. 317 mit Hinweis auf NWO S. 259). *Gesell* betont an dieser Stelle die juristischen Förmlichkeiten des Schecks und wagt die Prognose, daß *Freigeld* den Scheck ersetzen würde. *Oppenheimer* hält entgegen, daß bei hohen Schecksummen das Abzählen oder der Transport der Geldscheine entfallen würde. *Oppenheimer* sieht die Tendenz zum Clearing (vgl. S. 317), verweist nicht ohne Grund auf die Größenordnungen von Wechsel- zu Geldumlauf und Clearing und die Zurückdrängung des Bargeldes. Er sah auch die Zukunft der seinerzeit noch nicht gegebenen bargeldlosen Lohnzahlung (vgl. S. 318f).

Die starke Betonung der Bedeutung des Bargeldes bei *Gesell* macht es Außenstehenden schwierig, seinen Ansatz vermittelt zu erhalten. Ein Beispiel dafür ist *Franz Meier*, der wohl Anfang der 50er Jahre in seinem Buch *„Die*

Wirtschaftssysteme in der Theorie und in den Wirtschaftsprogrammen der politischen Parteien der Schweiz unter Berücksichtigung der revidierten Wirtschaftsartikel der Bundesverfassung“ kritisch zur Wirtschaftsordnung der freiwirtschaftlich orientierten Liberalsozialistischen Partei schrieb: „So wird erfahrungsgemäß die Inflation im Aufschwung und die Deflation im Rückbildungsprozeß durch die Ausdehnung bzw. Einschränkung der Buchgeldmenge ausgelöst. Das geschieht dadurch, daß solches Geld im zweiten und dritten Geldsystem durch unkontrollierte Oligopolisten oder Monopolisten angeboten wird. Wenn daher die ‚Schaffung stabiler Grundlagen durch ein Geld, das allgemeinen Preissteigerungen und Preissenkungen nicht mehr ausgesetzt ist, angestrebt wird, so müssen notwendigerweise auch Vorkehrungen getroffen werden, die die Inflationen und Deflationen durch die entscheidenden Geldsorten, das Buchgeld, zu verhüten suchen. Dies scheint die Liberalsozialistische Partei zu vernachlässigen, ein Umstand, der wohl darauf zurückzuführen ist, daß sie dem Kredit den Geldcharakter aberkennt.“⁵

Erfreulicherweise läßt sich heute konstatieren, daß die meisten modernen Freiwirte wie Prof. Suhr, Prof. Geitmann, Prof. Senf, Creutz sowie Rams und Ehrentreich und Perrochet eine Umlaufsicherung auf liquide Aktiva unter Einfluß des Giralgeldes befürworten.

Abschließend für diesen Abschnitt noch eine Spitze Oppenheimers gegen Gesell. Er zitiert ihn mit den Worten „Wie würde man auch sonst 105 Mark in Wechseln für 100 Mark in Geld geben, wenn das bare Geld dem Wechsel gegenüber als Tauschmittel keine Vorteile böte?“ (S. 319 unter Verweis auf NWO S. 333). Oppenheimer schreibt weiter: „Es ist unbegreiflich, dass ein so erfahrener Kaufmann wie Gesell dies niederschreiben konnte. Jeder Kaufmann zahlt lieber mit Kreditgeld als mit Bargeld, wenn der andere es nur annimmt, weil es so viel billiger und bequemer ist. ... Und schliesslich: man zahlt 105 Mark in Wechseln für 100 Mark in Bargeld doch nur, weil das Geld erst in drei Monaten fällig ist, und weil man erwartet, in dieser Zeit 10 oder 20 Mark damit zu gewinnen“ (S. 319).

Bei aller Berechtigung der einzelnen Kritikpunkte Oppenheimers an dem Satz, das Geld sei für die Arbeitsteilung unentbehrlich, ist doch der Satz im ganzen, als Prinzip genommen nicht falsch, wenn man die Erscheinungen des

Kreditwesens wie Scheck- und Wechselverkehr und Clearing auch als Ausprägungen des modernen Geldwesens, nicht als ihren Gegensatz, auffaßt.

2.2.3 Der Urzins

Der Theorie vom Urzins vermag Oppenheimer beizupflichten: „Diese Theorie vom Kapitalzins ist zweifellos den meisten, bisher vorgetragenen, auch der von Henry George, in vielen Punkten überlegen“ (S. 320). An späterer Stelle jedoch folgen dann Bedenken; darauf kommen wir noch.

2.2.4 Das Schrumpfgeld

Oppenheimer geht dann auf das – wie er es nennt – Schrumpfgeld ein. Bekannt ist die Bezeichnung „Schwundgeld“, die freilich wegen der wirtschaftsanregenden Wirkung des Freigeldes aus Gründen ihrer besseren Propagierung durch „Schwundgeld“ ersetzt werden sollte.⁶ Oppenheimer stellt den Vorschlag Gesells, durch den das Geld „ebenso der ‚Verwitterung‘ unterliegt wie die Ware“ (S. 320), zutreffend dar. Mit 5,2% im Jahr verminderten Geldwertes wird das Geld auf die Stufe der Ware gestellt. „Und so muss der Monopolgewinn, denn das ist er, wenn Gesell das Verhältnis richtig beurteilt, der Urzins, fortfallen“ (S. 321). Oppenheimer spricht dann noch von der Aufgabe der staatlichen Währungsbehörde bei Gesell und der Orientierung bei der Geldmengensteuerung an dem Preisindex. Zu alledem sagt er: „Wohl durchdacht! Auf diese Weise bleibt die Selbststeuerung der Gesellschaftswirtschaft unberührt. Konjunkturelle (kinetische) Schwankungen im Verhältnis der gegenseitigen Warenpreise werden nicht ausgeglichen, und so wirkt die Konkurrenz durch Veränderung von Angebot und Nachfrage nach wie vor daraufhin, ein Überangebot zu entmutigen, ein Unterangebot zu beseuern und derart das (statische) Gleichgewicht wieder herzustellen. Berührt wird nur das Verhältnis aller Warenpreise insgesamt zum Geldpreise. Von der Geldseite können keine groben Schwankungen mehr verursacht werden“ (S. 321).

So weit, so gut. Hätte es Oppenheimer doch mit diesen Feststellungen zu Urzins und Freigeld bewenden lassen! So aber kommt er mit Fragen, von denen ausgehend er glaubt, alles vorher Festgestellte nunmehr für irrig und falsch zu erklären.

Zunächst fragt er: „Kommt es wirklich darauf an, dass jedermann zu jeder Zeit für die gleiche Geldsumme die gleiche Menge gleicher Waren erwerben kann? Ist es nicht viel wichtiger, dass jedermann ein immer höheres Geldeinkommen habe, um mehr Waren aller Art erwerben zu können?“ (S. 321 f, letzter Satz hervorgehoben im Original). *Gesell*, da schon 1930 verstorben, konnte diese Fragen nicht mehr beantworten. Ich möchte es in seinem Sinne hier tun. Daß jedermann für die gleiche Geldsumme die gleiche Menge gleicher Waren erwerben kann, erachte ich für ein Grundpostulat materialer Gerechtigkeit, ein Stück intertemporaler Gerechtigkeit im Austausch von Geld, Gütern und Zeit. Es geht um die Tauschgerechtigkeit des Geldes, die Abwesenheit eines Mehr- oder Minderwertes (Deflation bzw. Inflation) der in Geld ausgedrückten Forderungsbeziehungen der Wirtschaftssubjekte untereinander. Dieses Grundpostulat zu erfüllen, ist die erste Forderung, die an den Adressaten des staatlichen Reichswährungsamtes im Sinne *Gesells* bzw. die heutige Notenbank zu stellen ist. Ein immer höheres reales (!) Geldeinkommen zu erhalten, ist auch eine verständliche Zielsetzung, die aber doch durch die Verwirklichung der Freiwirtschaft nicht behindert wird. Im Gegenteil, indem der arbeitende Mensch keinen Abzug vom Lohn für Bodenrente und Zins zu leisten hat, steht ihm ein gesteigertes Real-einkommen zur Verfügung. Und durch die Senkung des Zinsniveaus gegen Null würden mehr Beschäftigung, mehr Produktion, mehr Wohlstand möglich, weil rentabel.

Als nächstes meint *Oppenheimer*, die Absicht *Gesells* gehe dahin, der Ware Arbeit durch Wegfall von Grundrente und Zins einen viel höheren Preis zu verschaffen. Der Unternehmer könne die Ware Arbeit nicht für den gleichen Preis kaufen wie zuvor (vgl. S. 322). Jedenfalls die erste Behauptung ist unzutreffend. Der ausgehandelte Lohnsatz wird durch die freiwirtschaftlichen Reformen nicht berührt. Nicht der Preis für Arbeit steigt, sondern die reale Kaufkraft des Arbeitnehmers, und zwar dadurch, daß dieser bei seinen Lebenshaltungskosten entlastet wird, soweit Grundrente und Zins nicht mehr Preisbestandteil der Reproduktionskosten des Arbeitnehmers sind. Die zweite Behauptung *Oppenheimers*, wonach die Unternehmer die Ware Arbeit nicht für den gleichen Preis wie vor der Reform kaufen

könnten, mag zutreffen, wenn und weil die freiwirtschaftliche Reform wirtschaftliche Belebungs-kräfte freisetzt, womit die Nachfrage nach Arbeitskräften steigt. Zu vernachlässigen sind aber auch folgende Gesichtspunkte nicht: Die Unternehmer werden von der Kapitalkostenseite ebenfalls entlastet, die wirtschaftliche Belebung steigert die Kapazitätsauslastung und verbessert die Kostenstruktur. Schließlich könnten auch die Arbeitgebervertreter in Lohn- und Tarifverhandlungen den Arbeitnehmern die Kaufkraftgewinne infolge der Reform vor- und gegenrechnen und zu verstärktem Widerstand gegen Lohnforderungen einsetzen.

Den Generalangriff gegen die Prämissen der *Gesellschen* Zinstheorie führt *Oppenheimer* nun wie folgt. Er sieht sie an „privatwirtschaftlichen Unzulänglichkeiten“ scheitern, die darin bestehen, daß das Wirtschaftssubjekt (*Oppenheimer* spricht vom Besitzer) sowohl als Verkäufer wie auch als Käufer betrachtet werden müsse, womit der Urzins per saldo verschwinden sei (vgl. S. 322 ff). *Oppenheimer* ist zuzugeben, daß man die Markt- und Machtverhältnisse beim Austausch differenzierter betrachten muß, als es der Gedanke einer einfachen Aufschlagskalkulation des Urzinses tun würde. Ich habe an anderer Stelle dies so formuliert: „*Gesell* leitet seine Überlegungen von der Betrachtung des finanzkräftigen Kaufmanns und Warenspekulanten ab. Ich möchte einen Schritt weiter gehen und von der Beobachtung der Herausbildung von Nachfrager- oder Käufermärkten ausgehend es als richtig ansehen, daß jeweils die Nachfrageseite ein Übergewicht gegenüber dem Angebot der mit ihr kontrahierenden und produktions- und distributionsverlaufmäßig vorgelagerten Marktgegenseite besitzt. Dies bedeutet, daß auch der ‚kleine Mann‘ als Letztverbraucher in den Genuß des Geldvorteiles gegenüber der Ware gelangt.“⁷ *Oppenheimer* leugnet übrigens, daß auf den Verbraucher letzter Konsumgüter der Urzins fällt (vgl. S. 323). Entscheidend ist aber, daß der Nachfrager, als dessen Prototyp *Gesell* den finanzkräftigen Kaufmann und Warenspekulanten sieht, im Geschäftsleben wegen der Zwangsnachfrage des Anbieters nach Geld und seinen kaufmännischen Fähigkeiten den Urzins realisieren kann und statt eine Warenspekulation oder ein Handelsgeschäft zu tätigen, das Geld, auf dem er sitzt, erst zu einem Zinssatz verleiht, welcher dem Urzins

im Minimum entsprechen muß. Insofern bestimmt der Urzins, ungeachtet der Frage seiner Weiterwälzung in den Kosten und Preisen, den Geldzins, von welchem *Gesell* und *Keynes* klagen, daß er auf natürlichem Wege (ohne Belastung des Geldes mit Durchhaltekosten) durch Wettbewerb nicht auf Null sinken werde. Der Urzins infiziert den Geldzins, er macht ihn positiv.

Oppenheimer fällt ohne Grund hinter die Argumentation zurück, welche er (vgl. S. 315) gegen *Marx* wendet, wonach die Zinsaufschläge per saldo Null ergeben würden, „weil jeder als Käufer so viel verliert, wie er als Verkäufer gewonnen hatte“ (S. 315). *Oppenheimer* hatte dort noch gesagt: „Der Zins bzw. Profit ist nur zu erklären durch Abzüge vom vollen Arbeitsertrage, der Schaffenden, nur als ‚Mehrwert‘, wie auch *Gesell* es tut“ (S. 315). Wenn das nicht den Kapitalismus erklärt, was dann?

3 Gesells Geldtheorie

3.1 Das Geld als Wertmesser

Bei der Behandlung der Gesellschen Geldtheorie geht *Oppenheimer* mit der Vorstellung von *Gesell* ins Gericht, wonach die Funktion des Geldes als Wertmesser entbehrlich sei. Als Tauschvermittler, worin *Gesell* die Funktion des Geldes erblicke, werde Geld durch den bargeldlosen Zahlungsverkehr dagegen gänzlich überflüssig (vgl. S. 324 und unsere Ausführungen dazu bereits oben). In der NWO S. 121-126 setzt sich *Gesell* mit dem sogenannten Wert auseinander und erklärt mit *Marx* den Wert als ein „Gespenst“ (NWO S. 122). *Oppenheimer* geht – für sein gedankliches Anliegen befremdend – noch einen Schritt weiter: „Alles, was *Gesell* über die bisherige Wertlehre sagt, ist noch zu milde“ (S. 324 unter Hinweis auf NWO S. 122 ff.). *Gesell*, der nur an den Preis denkt, wenn man vom Wert einer Sache spreche (vgl. NWO S. 123), gibt *Oppenheimer* zu: „... der richtig verstandene Wert ist in der Tat ein Preis..., es ist der ‚Preis auf die Dauer und im Durchschnitt‘, derjenige, den die Klassiker als ‚natürlichen Preis‘ bezeichneten“ (S. 325). Ein weiteres gesteht *Oppenheimer* *Gesell* zu: „*Gesell* hat vollkommen recht, wenn er schreibt: ‚Im täglichen Handelsverkehr gibt es nur durch Angebot und Nachfrage bestimmte Preise‘“ (S. 325). Dann wirft er – mir unverständlich und dem Wissen eines Volkswirtschaftsstudenten im ersten Semester widersprechend –

Gesell vor, er vergesse, was er natürlich wisse, daß umgekehrt auch der Preis „das Verhältnis von Angebot und Nachfrage auf den späteren Märkten bestimmt“ (S. 325). Folgerungen für seine Argumentation scheint er daraus jedoch nicht zu ziehen.

Oppenheimer geht nun folgender Frage nach: „... wo liegt das allgemeine Preisverhältnis, dasjenige, wo alle Preise genau auf den Mittelpreisen, den Werten stehen? Es ist gleichgültig, ob es jemals in Wirklichkeit erreicht werden kann, es muß nur berechnet werden können“ (S. 326). Bei *Thünen* will er die Antwort gefunden haben: „Wenn durch die Preise der Waren die Arbeit von gleicher Qualität in allen Gewerben gleich hoch gelohnt wird, so findet das Gleichgewicht statt.“⁸ Das Einkommen errechne sich als Produkt aus der Zahl (n) der in der statischen Betrachtungsweise hergestellten und zugleich verkauften Produkte und dem Einzelgewinn (g). Das Gesamtergebnis eines Wirtschaftssubjekts sei eine Konstante E . Damit sei der Gewinn als erster Preisbestandteil mit E/n errechnet. Zweiter Preisbestandteil seien die baren Selbstkosten s des Produzenten je Stück. Damit ergebe sich der statische Preis oder Wert als $E/n + s$ (vgl. S. 326f).

Oppenheimer gelangt nun zwanglos zur Arbeitswerttheorie. „Da der Gewinn, wo kein Monopol einspielt, nichts anderes ist als der Lohn für die von den Produzenten geleistete ‚zusätzliche‘ Arbeit, so hat mithin jedes Exemplar genau den Wert dieser Arbeit zuzüglich der Selbstkosten je Exemplar. Und da die Selbstkosten nichts anderes sind als die statischen Preise für die eingekauften Güter und Leistungen, so ist der Gesamtwert jedes Exemplars genau gleich dem Wert der insgesamt darauf verwendeten Arbeit. Denn der Naturstoff an sich hat keinen Wert, wenn er nicht etwa monopolisiert ist“ (S. 327). Die Verschiedenheit der Qualifikationen berühre nur den Wert der Arbeit, aber nicht den der Güter (vgl. S. 329). „*Gesells* richtige Forderung, dass jeder nach seiner Leistung entlohnt werde, ist also erfüllt“ (S. 327 mit Verweis auf *Franz Oppenheimer*, Wert und Kapitalprofit, 2. Aufl.). Wir können also auch aus der Sicht *Gesells* nicht unzufrieden sein, wenn *Oppenheimer* hier noch die Arbeitswerttheorie inkorporiert sehen will. Das alles gilt nur für die Konkurrenz, wovon ein statischer Monopolpreis zu unterscheiden sei (vgl. S. 327).

3.2. Der Geldwert

Beim Geld unterscheidet *Oppenheimer* Rechengeld als abstrakte Werteinheit, Sachgeld in Form von Metallgeld, sei es vollwertiges Edelmetall oder unterwertiges Metallgeld, oder in Form von Zettelgeld, seien es gedeckte Banknoten oder auch ungedecktes Papiergeld. Als weitere Gruppe von Sachgeld sieht er – darin den wirtschaftlichen Realitäten und Zahlungsgewohnheiten Rechnung tragend – das ‚Kreditgeld‘ an, bestehend aus Wechsel, Schecks und Giro Guthaben (vgl. S. 328). Im Unterschied dazu sieht er bei *Gesell* nur das Sachgeld berücksichtigt, das Rechengeld unerwähnt und das Kreditgeld ausdrücklich ausgeschlossen (vgl. S. 328 mit Nachweisen in der NWO).

Oppenheimers These lautet nun, daß alles Geld unter Einschluß des Kreditgeldes auf Rechengeld, abstrakte Werteinheiten, laute. Ohne zugleich Wertmesser zu sein, könne das Sachgeld bei fortgeschrittener Arbeitsteilung auch gar nicht Tauschmittel sein (vgl. S. 328). „Und selbst in der vollendet gedachten bargeldlosen Wirtschaft wird ihm diese Funktion erhalten bleiben, nachdem die als Tauschmittel längst verlorengegangen ist“ (S. 328). Wobei ich Bedenken habe insofern, als *Oppenheimer* nicht die naheliegende Möglichkeit sieht, daß in der bargeldlosen Wirtschaft der Bargeldersatz, also Kreditgeld, zum Tauschmittel wird. *Gesell* schreibt (NWO S. 11): „Der Ausdruck ‚Wertmesser‘, den man noch manchmal in rückständigen volkswirtschaftlichen Schriften auf das Geld anwendet, ist irreführend. Keine einzige Eigenschaft eines Kanarienvogels, einer Pille, eines Apfels läßt sich mit einem Geldstück messen.“

Für *Oppenheimers* Ansicht spricht, daß das betriebliche Rechnungswesen, die gesamte kaufmännische Praxis und schließlich die öffentliche Steuererhebung auf einer Vermögens- und Einkommensberechnung in Werteinheiten Geldes beruhen, über deren jeweilige Richtigkeit (Wertbeilegung) man natürlich streiten kann. Für *Oppenheimer* ist dem Gelde die Aufgabe gestellt, „jedemal festzustellen, wie oft die abstrakte Wertgröße der ‚Rechengeldeinheit‘ z. B. Mark oder Peso im Werte einer beliebigen Ware enthalten ist“ (S. 329). *Gesell* wirft er vor, daß er den Wert als etwas Konkretes, Stoffliches verstanden, gesucht und also nicht gefunden habe (vgl. S. 329 mit Hinweis auf

NWO S. 122). Der Wert sei ein Abstraktum, das übrig bleibe, wenn man von den körperlichen Eigenschaften der Ware absehe (vgl. S. 329).

Für den modernen Nationalökonomem horribile dictu will *Oppenheimer* jedoch ausgerechnet das Gold zum unentbehrlichen Wertmesser hochstilisieren (vgl. S. 330-335). *Oppenheimer* schreibt selbst dazu: „Ich weiss, dass ich damit die ungeheuerlichste aller Ketzereien ausspreche, aber daran ist nichts zu ändern“ (S. 331). Am Rande sei bemerkt, daß *Oppenheimer* anders als *Gesell* das Gold als Produkt der Arbeit ansieht, wobei sein statischer Preis oder auch Wert durch die Kosten bestimmt werde, das sind der durchschnittliche Gewinn und die Selbstkosten des Grenzminenbesitzers (vgl. S. 331). Als Tauschmittel sei Gold vollkommen wertbeständig, da die meisten Austauschvorgänge in so kurzer Zeitspanne abgewickelt seien, daß sich der Goldpreis nur unwesentlich verändere (vgl. S. 331 f). Gold als Zahlungsmittel für langfristige Verbindlichkeiten könne wegen möglicher Preisschwankungen des Goldes problematisch sein, doch mögen dies die Wirtschaftssubjekte als individuelles Schicksal tragen oder nach Art von *Gesells* Indexgeld individuelle Rückzahlungsregeln treffen (vgl. S. 332). *Oppenheimer* verkennt hier das Wesen des Geldes, der Währung, die dauern, wahren soll, was die Wertbeständigkeit der in ihr ausgedrückten Forderungsbeziehungen der Wirtschaftssubjekte untereinander angeht.

Oppenheimer glaubt auch, daß *Gesell* nicht „um dieser Bagatellen wegen . . . ein Geld einführen“ will, „das an Kaufkraft immer gleich ist“ (S. 332), sondern um die Wirtschaftskrisen zum Verschwinden zu bringen (vgl. S. 333). Hier nun gelangt *Oppenheimer* zu einer ganz abenteuerlichen Schlußfolgerung. Er beschreibt die Krise mit der Erscheinung, daß plötzlich alle Waren im Goldpreise sinken oder umgekehrt umschreiben, der Goldpreis, ausgedrückt in Waren, stark gestiegen sei, wobei doch der Goldwert, ausgedrückt in gesellschaftlich notwendiger Arbeitszeit, sich nicht verändert habe (vgl. S. 333). Er schlußfolgert: „Der ganze Prozess geht aus von der Wareseite. Es hat eine allgemeine Überproduktion stattgefunden, nicht im Verhältnis zur Goldproduktion, sondern im Verhältnis der Kaufkraft der Bevölkerung“ (S. 333). Das Problem der effektiven

Nachfrage, welches *Keynes* um diese Zeit umtrieb, bleibt bei *Oppenheimer* außen vor. *Gesell* schreibt (NWO S. 184, im Original hervorgehoben): „Das Geld zieht sich tatsächlich vom Markte zurück, der Umlauf des Geldes ist unmöglich, sobald das Angebot des Geldes ungenügend ist und ein Rückgang der Warenpreise eintritt oder erwartet wird.“ *Gesell* hat die Dynamik erfaßt. Es kommt darauf an, das Angebot des Geldes der vorausgegangenen Güterproduktion anzupassen. Da darf man sich nicht auf das zufällige Erschließen von Goldförderstätten verlassen, sonst ist man wie das Römische Reich in seiner Spätphase von allen guten Geistern verlassen. Und es kommt darauf an, das Geld mit Durchhaltekosten zu belasten, damit es sich als kaufkräftige Nachfrage nicht zurückhält. Übrigens hat auch *Oppenheimer* mit seiner Behauptung einer allgemeinen Überproduktion im Verhältnis zur Kaufkraft der Bevölkerung unrecht. Die Kaufkraft des Geldes steigt und ist in der Krise gestiegen. Es wäre ja auch nicht weniger Gold vorhanden, bloß weniger als Tauschmittel im Umlauf, weil gehortet. Solange ein Rückgang der Warenpreise erwartet wird, steigt die Kaufkraft des Geldes; bloß entfaltet sie sich nicht als kaufkräftige Nachfrage, die die Märkte abräumt.

Oppenheimer wirft dann dem Staat als Inhaber des Geldregals vor, daraus ein Monopol gemacht zu haben, „indem er minderwertiges oder sogar gänzlich wertloses Geld ausgibt, in dem weniger als die behauptete Menge gesellschaftlicher Arbeit verkörpert ist, oder in dem überhaupt keine anrechenbare Arbeit verkörpert ist“ (S. 334). Er macht sich damit in einem Punkte zum Verfechter der Arbeitswertlehre, wo diese keinen Platz hat. Es ist auch gar nicht einsichtig, warum es der Mühen von Minenarbeitern oder der Garantie von Differentialgewinnen für Minenbesitzer bedarf, um wertbeständiges Geld zu schaffen. Dem Papiergeld spricht *Oppenheimer* einen Monopolwert zu, weil anders als bei der Gewinnung von Gold der Erlangung des Gutes keine natürlichen Hindernisse entgegenstehen (vgl. S. 334). Dem Staate, auch dem freiwirtschaftlich gesinnten Staate, traue er nur Inflation zu (vgl. S. 335). Das sei durch die Aufgabe des Freigeldes, den Sturz der Warenpreise durch Ausgabe von mehr Papiergeld zu parieren, vorgezeichnet (vgl. S. 335). Damit verkennt er Sinn und Aufgabe des Freigeldes, das im übrigen durch seine Einführung bereits

die Wirtschaft weitgehend krisensicher machen würde.

3.3 Geld und ‚Geld‘

„Geld und ‚Geld“ überschreibt *Oppenheimer* seinen nächsten Abschnitt (S. 335–338). Hier wirft er *Gesell* eine begriffliche Inkonsequenz vor. Einerseits sei für *Gesell* Geld nur Sachgeld, „das man greifen und zählen kann“ (S. 335; vgl. auch S. 328 mit Hinweis auf NWO S. 176). Andererseits nenne er wiederholt Dinge ‚Geld‘, die kein Sachgeld seien, wie Vermögen und Kapital (S. 336). Nun, so *Oppenheimer*, sei Geld als Sachgeld „niemals rentierendes Vermögen, also auch niemals Kapital, denn es bringt dem Besitzer niemals Einkommen, auch nicht den Urzins ...“ (S. 336). Was *Oppenheimer* übersieht, ist die Vorliebe für Liquidität (*Keynes*), die sich aus dem Urzins erklären läßt, den Joker-vorteil des Geldes.⁹

Oppenheimer sieht richtig eine Inkonsequenz bei *Gesell*: „*Gesell* aber zieht überall seine Schlüsse, als wenn der reiche Mann und insbesondere der Kapitalist mit Sachgeld und mit nichts als Sachgeld kaufte und bezahlte, und als ob daher der Urzins bei jeder Übertragung auch von Kreditgeld und Kapitalvermögen von ihm erhoben würde ...“ (S. 336). Ich halte es für richtig und wichtig, die Realisierung des Urzinses nicht davon abhängig machen zu wollen, ob mit Bargeld oder Scheck gezahlt wird. Diesen naheliegenden Schluß will *Oppenheimer* auf S. 336 noch nicht ziehen, zieht ihn jedoch auf S. 338 („wenn der Urzins überhaupt erhoben würde“). *Gesell* nenne – und ich meine berechtigterweise – den Kapitalisten und den Kaufmann ‚Geldbesitzer‘ (vgl. S. 336 unter Hinweis auf NWO S. 244 und 327). *Oppenheimer* zitiert *Gesell* auch noch wie folgt: „Das Geld allein ist das wirkliche Realkapital, das Urkapital“ (S. 337 mit Hinweis auf NWO S. 339).

Oppenheimer, der von „Ungeld“ im Zusammenhang von Vermögen und Kapitalien im Gegensatz zum Sachgeld spricht (S. 337 f), sieht eine Lücke, weil *Gesells* Geldreform eingestandenmaßen das Ungeld nicht erfassen könne (vgl. S. 338). Dadurch sieht er ein Ausweichen auf den bargeldlosen Verkehr nach Einführung des Freigeldes (vgl. S. 338). Ich habe oben bereits erwähnt, daß moderne Freiwirte die Einführung von Durchhaltekosten auch auf Buchgeld (und ggfs. weitere liquide Akti-

va) fordern, womit diese Lücke geschlossen werden könnte. Auf diese Lücke als der vielleicht erste Kritiker überhaupt hingewiesen zu haben, dieses Verdienst könnte *Oppenheimer* zuzusprechen sein.

4 *Gesells* Krisentheorie

Abschließend wird von *Oppenheimer* *Gesells* Krisentheorie durchleuchtet. Er kritisiert – wohl mit *Gesell* – das Say'sche Theorem, die Über- und Unterkonsumptions- und -produktionstheorien (vgl. S. 338f), obgleich er doch selbst auf S. 333 für die Erklärung der Wirtschaftskrisen eine Überproduktionstheorie favorisierte. *Gesell* habe in der Verschiebung des Geldpreises gegenüber allen Waren richtigerweise die Krise gesehen (vgl. S. 339). *Oppenheimer*, der von der Arbeitwerttheorie und dem Marktpreis des Goldes her denkt, kann ein Entstehen der Krise von der Geldseite her sich nicht vorstellen (S. 339). Damit befindet er sich im Gegensatz zu *Gesell*. Bei *Gesell* werde in der Krise das (Sach-)Geld zurückgezogen, wenn „die Marktverhältnisse keine genügende Sicherheit und dem Gelde keine Abgabe bieten“ (S. 339 mit Hinweis auf NWO S. 182f). *Oppenheimer* reduziert dies auf den Fall sinkender Preise (vgl. S. 339). Mit *Gesell* läßt er ein ungenügendes Geldangebot zur Ursache des Preisfalls gelten (vgl. S. 339 mit Hinweis auf NWO S. 186), um dann das Argument damit abzutun, das „liesse sich ja hören, wenn die rohe Quantitätstheorie richtig wäre“ (S. 339). Er kommt dann auf die Bedenken *Gesells* gegen die Quantitätstheorie zu sprechen (vgl. S. 339), um gegen ihn zu argumentieren. Am Ende stimmt er der Deduktion von *Gesell* zu (vgl. S. 339), hält die Prämisse des ungenügenden Geldangebots jedoch für unbewiesen, wiederum mit Rücksicht darauf, daß es nicht nur Sachgeld, sondern auch Kreditgeld gebe (vgl. S. 340). Diesem wird eine geradezu atemberaubende Steigerungsmöglichkeit im Umlauf unterstellt (vgl. S. 340). Für die Hausse behauptet *Oppenheimer*: „Die Summe des Kreditgeldes wächst genau im Masse des Wachstums der Erzeugung“ (S. 341), eine Feststellung, die – wenn sie zutreffend wäre – jedem Notenbankdirektor die Sorgenfalten von der Stirn nehmen würde.

Oppenheimer erblickt die Ursache des ersten Preisfalles auf der Warensseite. Die Produktion sei über die Kaufkraft des Marktes hinausge-

wachsen (vgl. S. 341). Würde nicht das Bodenmonopol die Kaufkraft der Massen durch die Grundrente verkürzen, wäre deren Kaufkraft immer gleich der Produktionskraft (vgl. S. 341f). „Wenn die Massenkaukraft erschöpft ist, kann der Bedarf der schmalen Oberschicht die Lücke unmöglich füllen“ (S. 342). Wie kommt es dazu? *Oppenheimer* bedient sich eines Kunstgriffes, weil er den Beginn einer anderen Phase des Wirtschaftszyklus, der Hochkonjunktur nämlich, nicht erklärt. Er sagt, daß in der Hochkonjunktur die Preise, auch kostenbedingt, schneller steigen als die Reallöhne. „Eines Tages ist der Preis aller der Waren, die nur an die Arbeiter verkauft werden können, grösser als die dafür verfügbare Kaufkraft und jetzt beginnt der Preisverfall“ (S. 342). Zunächst würden die Preise noch steigen, die Gewinne jedoch sinken, was aber beim Unternehmer zu noch mehr Produktion führe. Es gebe hinreichend Arbeitskräfte, solange das Bodenmonopol noch bestehe. Nach Abschaffung des Bodenmonopols wäre kein ‚freier Arbeiter‘ bereit, Überstunden zu leisten. „weil er kein anderes Einkommen hat als den ihm gerechterweise zustehenden Lohn seiner eigenen qualifizierten Arbeit“ (S. 342f).

Oppenheimer bleibt bei seinem Lieblingsthema, der Bodenfrage. Mit ihr hat er die *Gesell*-Besprechung begonnen, von ihrer Lösung erwartet er alles. Der Zugang zur Geldfrage blieb ihm verbaut. Dies wird auch deutlich in der abschließenden Beantwortung der von ihm aufgeworfenen Frage, ob man durch mehr Sachgeld, Freigeld oder nicht, den Ausbruch der Krise verhindern oder eine bereits eingetretene Krise beheben könne. Er verneint die Frage. Mehr Papiergeld erhöhe nur die nominale, nicht die reale Kaufkraft. Der Krach würde nur verschoben (vgl. S. 343). *Keynes* hat zumindest kurzfristig, was die Geldillusion betrifft, der nominalen Kaufkraftenerhöhung auch reale Nachfragewirkungen zugesprochen. *Oppenheimer* hat übersehen, daß das Freigeld fortlaufend an Wert verliert, also per se antiinflationierend ausgestaltet ist. Auch könnte man heute für Buchgeld die Höhe der Umlaufsicherungsgebühr im Zeitablauf variieren, um eine konjunkturelle Steuerungsmöglichkeit zu gewinnen.¹⁶ Die Zinsproblematik, die sich ja gerade vor dem Hintergrund der von *Oppenheimer* befürworteten Arbeitwertlehre stellt, wird von ihm nicht reflektiert. Selbst wenn

Oppenheimer Schwierigkeiten mit dem Urzins hat, müßte doch der Geld- und Kreditszins Anlaß zum Nachdenken hin zu seiner Absenkung gegen Null bieten, will er arbeitslose Einkommen abschaffen. Und dahin führt nur der Weg über das Freigeld.

5 Schlußfolgerungen

Oppenheimer gibt jedoch in seiner Kritik auch Anregungen zur kritischen Überprüfung der Lehre und Darstellung *Gesells*. Hier ist in erster Linie der Hinweis auf den bargeldlosen Zahlungsverkehr und das Kreditgeld zu sehen, die in freiwirtschaftliche Vorstellungen heute einbezogen werden müssen. Ein zweiter Punkt scheint die Fokussierung auf Einzelheiten in Bezug auf die Urzinstheorie zu sein. Hier bitte ich einen Punkt nicht zu übersehen. *Gesell* sagt in der NWO (S. 11): „Täglich kommt es vor, daß Leute, die die gleichen Arbeitserzeugnisse zu Markt führen, dennoch ungleich große Arbeitserträge heimbringen. Das liegt daran, daß diese Leute als Arbeiter wohl gleichwertig sind, nicht aber als Händler.“ Diese Unterschiedlichkeit müssen wir auch den Händlern zubilligen, die mit Geldkapital wuchern und den Urzins von der vorherigen Marktstufe realisieren wollen. Die Vorstellung von einem durch alle Handelsstufen und in allen Fällen realisierten oder einkalkulierten Urzins von 4-5% muß zugunsten einer individualisierten Betrachtung aufgegeben werden. Im Durchschnitt mögen diese Sätze ja durchaus stimmen.

Anmerkungen

- 1 Vgl. dazu Fritz Schwarz Das Experiment von Wörgl Bern 1951, Nachdruck 1996 sowie Werner Onken, Ein vermessenes Kapitel der Wirtschaftsgeschichte, Die Selbsthilfeorganisationen mit Freigeld, in: Helmut Creutz, Dieter Sulz, Werner Onken: Wachstum bis zur Krise, Drei Aufsätze, hrsg. von der Internationalen Vereinigung für natürliche Wirtschaftsordnung, ohne Jahrgang, S. 63ff., Werner Onken, Modellversuche mit sozialpflichtigem Boden und Geld, Lünenburg 1997
- 2 Für Liberalität im Umgang mit geldpolitischen Experimenten sowie im Anschluß an Überlegungen von von Hayek (Friedrich August) von Hayek Entnationalisierung des Geldes. Eine Analyse der Theorie und Praxis konkurrierender Umlaufmittel, Tübingen 1977) hat sich der Verfasser an anderer Stelle ausgesprochen (vgl. Jörg Gude, schlanker Staat – Bundesbank privat, in: Zeitschrift für Sozialökonomie, 33. Jg. 108. Folge (März 1996), S. 5ff. hier S. 9-12)
- 3 Friedrich August) von Hayek, Entnationalisierung des Geldes, a.a.O. (s. Anm. 2), S. 22.
- 4 Vgl. schon die Diskussion von Jörg Gude, Elmar Rosenbohm Geldmengensteuerung und Inflation, Kritik und Replik, in: Zeitschrift für Sozialökonomie – mtg. 34. Folge (1982), S. 8ff. hier S. 9f.
- 5 Franz Meier, Die Wirtschaftssysteme in der Theorie und in den Wirtschaftsprogrammen der politischen Parteien der Schweiz unter Berücksichtigung der revidierten Wirtschaftsartikel der Bundesverfassung, Bern ohne Jahrgang, S. 120f
- 6 Vgl. Jörg Gude, Hayek, Keynes und die Freiwirtschaft, in: Zeitschrift für Sozialökonomie, 22. Jg. 66. Folge (Okt. 1985), S. 3ff. hier S. 5 (rSp) und Jörg Gude, Gibt es überoptimalen Wettbewerb?, in: Der dritte Weg, 27. Jg., November 1996, S. 17ff. hier S. 19 (rSp).
- 7 Vgl. Jörg Gude, Gibt es überoptimalen Wettbewerb?, a.a.O. (s. Anm. 6), S. 18 (rSp)
- 8 Johann Heinrich von Thünen, Der isolierte Staat, 2. Auflage, S. 529
- 9 Vgl. Dieter Sulz, Hugo Godschalk, Optimale Liquidität, Frankfurt a.M. 1986, S. 27ff.
- 10 Vgl. Jörg Gude, Senf vertreibt den Nebel um das Geld. Eine Besprechung des Buches von Bernd Senf: Der Nebel um das Geld Zinsproblematik – Währungssysteme – Wirtschaftskrisen, ein Aufklärungsbuch, in: Der dritte Weg, 27. Jg. Juli/August 1996, S. 39ff. hier S. 41 (rSp).

Dramatisches Wachstum der Geldvermögen und Schulden

Das gesamte Geldvermögen der Deutschen (private Haushalte, Unternehmen und öffentliche Haushalte) lag im Mai 1997 bei 8,2 Billionen Mark. Genauso groß wie die Summe dieser Geldvermögen ist immer die Gesamtverschuldung. Das muß so sein. Alles angehäufte Geld sucht nach Anlage, wird wieder ausgeliehen. Jede Stilllegung würde zu einem Wirtschaftseinbruch führen, zur Deflation.

Das ist zuerst einmal eine sehr undramatische Binsenweisheit. Eine besondere Dramatik entsteht erst in Spätzeiten von Volkswirtschaften durch die Eigendynamik des Exponentiellen. Exponentiell heißt: Verdoppelung nach jeweils gleich großen Zeitschritten. Das Seerosenbeispiel: Die sich täglich verdoppelnden Seerosen brauchen viele Tage, um die erste Hälfte des Teiches zu bedecken, aber nur einen Tag für die zweite und letzte Hälfte. Exponentielle Kurven sind zu Beginn immer horizontal und harmlos. Am Ende schießen sie aber vertikal ins Nichts. Das heißt: Nicht so sehr die Höhe des Zinses ist ausschlaggebend – als vielmehr der Zeitfortschritt. Beträgt der Zinszuwachs beim ersten Schritt zwei Milliarden, beträgt er beim zehnten bereits 1024 Milliarden. Betrugen die deutschen Geldvermögen 1950 gerade einmal 50 Milliarden Mark, so befinden wir uns heute irgendwo zwischen der Verhundertachtundzwanzigfachung und der Verhundertsechundfünfzigfachung.“

Prof. Dr. Günther Moeves, Gewinner und Verlierer,
in: Der Architekt Nr. 11 1997, S. 669

Elimar Rosenbohm

* 25.10.1916

† 10.11.1997



Ein guter Gefährte auf dem Weg in eine herrschaftsfreie Gesellschaft hat uns verlassen. *Elimar Rosenbohm* hatte sich schon als junger Mann für die Idee einer weder kapitalistischen noch kommunistischen Sozialordnung der Freiheit und der Gerechtigkeit begeistert und sich dafür seit den frühen Nachkriegsjahren engagiert. Praktische Erfahrungen als Bankkaufmann und das spätere Studium der Wirtschafts- und Sozialwissenschaften mit dem Schwerpunkt Geld und Kredit versetzten ihn in die Lage, die Grundgedanken einer Geld- und Bodenrechtsreform wissenschaftlich zu formulieren und zum wirtschaftspolitischen Zeitgeschehen in Beziehung zu setzen. Davon zeugen seine vielen Aufsätze in unserer von ihm selbst mitbegründeten „*Zeitschrift für Sozialökonomie*“, vor allem seine Stellungnahmen zu den Jahrestgutachten des Sachverständigenrates. Viele seiner Aufsätze ließ *Elimar Rosenbohm* unter dem Pseudonym *Claas-Hermann Jannsen* erscheinen, um mit der ihm eigenen Bescheidenheit seinen Namen nicht zu sehr in den Vordergrund zu stellen. In Begegnungen mit ihm war es immer anregend, von seinen Erfahrungen zu lernen und insbesondere seine journalistischen Fähigkeiten zu erleben, die er in unsere redaktionelle Arbeit einbrachte. *Elimar Rosenbohm* hat nicht nur das Gesicht unserer Zeitschrift geprägt, sondern auch Grundlagen für die Arbeit der Sozialwissenschaftlichen Gesellschaft (SG) gelegt, der er nach seiner Pensionierung seine Arbeitskraft schließlich ganz widmete. Mit seinen exzellenten Kenntnissen vom Wesen des Geldes gewannen seine Auffassungen innerhalb der SG eine große Anerkennung. Daneben war er ein Gesprächspartner von weltoffenem Geist und Humor, mit dem man nicht nur über das Geld und eine Geldreform reden und streiten, sondern mit dem man auch lachen konnte.

Nach der Öffnung der Berliner Mauer und des Eisernen Vorhangs veröffentlichte *Elimar Rosenbohm* eine Broschüre „*Überlegungen zu einer modernen Wirtschafts- und Währungsordnung in der DDR*“. Die schnelle deutsch-deutsche Währungsunion machte

solche Hoffnungen auf eine eigenständige Entwicklung der DDR jedoch bald zunichte. Im Herbst 1990 hielt *Elimar Rosenbohm* bei den Mündener Gesprächen noch einmal einen Vortrag über den Weg „*Vom Kapitalismus zur Freiwirtschaft*“, den er als Systemtransformation vom monopolistisch beschränkten zum vollständigen Wettbewerb beschrieb. Danach wurde es ruhiger um ihn. Er zog sich mehr und mehr ins Private zurück, begleitete unsere Tätigkeit aber dennoch weiter als ein stiller Förderer. Von einer Magenkrankheit vor drei Jahren und auch von einem Schlaganfall im Frühjahr 1997 konnte sich *Elimar Rosenbohm* dank des liebevollen Beistandes seiner Lebensgefährtin *Else Prützmann* gut erholen. Im letzten Herbst machte ein Magentumor jedoch eine Operation erforderlich. Sehr schmerzlich war, daß er in der klinischen Pflege schließlich noch Auswirkungen von Sparmaßnahmen am eigenen Leibe erdulden mußte. So steht am Ende noch sein eigenes Schicksal für seine immer wieder erhobene Forderung nach einer gerechten und menschlichen Sozialordnung.

Ekkehard Lindner
Werner Onken

Drei 90. Geburtstage

Drei langjährige Stützen der Freiwirtschaftsbewegung konnten vor kurzem ihren 90. Geburtstag feiern:

Am 8. Februar wurde Dr. *Hans Weitkamp* 90 Jahre alt. In zahlreichen Aufsätzen in der von *Will Noebe* herausgegebenen Zeitschrift „*Telos – Die Welt von morgen*“ und in der „*Zeitschrift für Sozialökonomie*“ beschäftigte er sich u.a. mit den Fragen der wirtschaftlichen und seelischen Emanzipation von Frauen und Männern.

Am 17. Februar vollendete Dr. *Kurt Kessler* sein 90. Lebensjahr. Bis zu seiner Ablösung durch *Klaus Wulsten* war er viele Jahre lang 1. Vorsitzender der „*Stiftung für persönliche Freiheit und soziale Sicherheit*“.

Am 17. März schließlich wurde Dr. *Hans Doerner* 90 Jahre alt. Während der 70er Jahre war er 1. Vorsitzender der „*Sozialwissenschaftlichen Gesellschaft*“ und bahnte die Zusammenarbeit mit der genannten Stiftung an, die zur regelmäßigen Herausgabe der „*Zeitschrift für Sozialökonomie*“ führte. Darin veröffentlichte Dr. *Doerner* energiepolitische Beiträge über bzw. gegen das „*Abenteuer Atom*“.

Allen drei Jubilaren gratulieren wir sehr herzlich und wünschen ihnen für ihre Zukunft Gesundheit und Lebensfreude.

Werner Onken

BÜCHER

Dudley Dillard

**Proudhon, Gesell and Keynes:
An Investigation of some
„Anti-Marxian Socialist“ Antecedents
of Keynes' General Theory of
Employment, Interest and Money**

St. Georgen: Angela Hackbarth Verlag, 1997. 360 Seiten.

Diese Dissertation von *Dudley Dillard* aus dem Jahr 1940 wurde in der englischsprachigen Literatur über *Gesell* zwar häufiger zitiert, aber sie existierte nur als Maschinenschrift an der University of California. Erst vor wenigen Jahren gelang es dem Buchautor *Klaus Schmitt*, eine Kopie dieser Arbeit zu bekommen. Der Initiative von *Lutz Roemheld*, dem Verfasser von Studien über *Proudhon*, ist es zu verdanken, daß *Dillard's* Dissertation kürzlich in Buchform erscheinen konnte. In seinem Geleitwort erinnert *Horst Gischer* von der Universität Magdeburg daran, daß *Dillard's* Arbeit bei der „Exegese“ von *Keynes'* Hauptwerk kaum Beachtung gefunden hat, obwohl sie „mit großer Sorgfalt und Energie Parallelen (aufzeigte) zwischen den bahnbrechenden Ausführungen von *John Maynard Keynes* und zwei Autoren, die von der ‚scientific community‘ der Ökonomen sicher nicht gänzlich zu Unrecht als Außenseiter betrachtet werden“.

Lawrence Klein, Studienkollege von *Dudley Dillard* und späterer Ökonomie-Nobelpreisträger, bedauerte in seinem berühmten Buch „*The Keynesian Revolution*“, daß die Ökonomen die Geldreformer im allgemeinen ignorieren: „*Johannsen, Foster & Catchings, Hobson* und *Gesell* haben alle brillante, heute durchführbare Vorschläge gemacht, aber sie stießen auf taube Ohren. Es ist zu hoffen, daß die Ökonomen in Zukunft denen mit Sympathie begegnen, die eine große ökonomische Intuition besitzen.“ (London 1980, S. 152) In seinem Nachruf auf den 1994 verstorbenen *Dudley Dillard* würdigte ihn *Klein* als einen Menschen, der nicht nur die Probleme der 30er und 40er Jahre lösen wollte, sondern ganz allgemein ein „wirklich tiefes Verständnis für wirtschaftliche Vorgänge“ gehabt habe. „Ich bin *Dudley* dankbar für seine Anregungen zum Nachdenken über die Rolle des Geldes im keynesianischen System sowie den Einfluß seiner Vorläufer – unabhängig davon, ob sie der ‚establishment line‘ folgen oder nicht – und über das Körnchen Wahrheit in den Ansichten der sogenannten ‚cranks‘ oder Ketzer.“ (*Eastern Economic Journal* Vol. 21, No. 1/1995, S. 1-2)

So bleibt zu hoffen, daß die posthume Herausgabe von *Dillard's* Dissertation dazu beitragen kann, der ökonomischen Fachwissenschaft den Zugang zu den Gedanken der Geldreformer zu erleichtern.

Hilfreich könnten dabei auch zwei Bücher von *Dieter Suhr* und *Margrit Kennedy* sein, auf die hier deshalb aufmerksam gemacht werden soll:

Dieter Suhr, *The Capitalistic Cost-Benefit Structure of Money*. Berlin und New York: Springer Verlag, 1989. (ISBN 3-540-51138-5).

Margrit Kennedy, *Interest and Inflation Free Money – Creating an Exchange Medium, that Works for Everybody and Protects the Earth*. Published by Seva International, 2601 Cochise Lane, Okemos Michigan, 48864 USA. (ISBN 0-9643025-0-0). Unter dem Titel „*Libérer l'Argent de l'Inflation et des Taux d'Intérêts*“ ist dieses Buch 1996 auch in französischer Sprache erschienen, und zwar in der Edition *Vivez Soleil*, CH-1225 Chêne-Bourg/Genève (ISBN 2-88058-161-3).

— wo —

Franz Oppenheimer

Gesammelte Schriften in 3 Bänden

Berlin: Akademie Verlag, 1996.

Franz Oppenheimer (1864-1943) gehört zu den bedeutendsten deutsch-jüdischen Sozialwissenschaftlern. In kritischer, aber niemals unsachlich-polemischer Distanz zu *Karl Marx* und *Karl Kautsky* ging es *Oppenheimer* in zahlreichen Veröffentlichungen um die Grundlegung eines Liberalsozialismus als Alternative sowohl zum Kapitalismus als auch zum Kommunismus. Nach dem zweiten Weltkrieg geriet er ebenso wie andere Wegbereiter eines ‚Dritten Weges‘ lange Zeit in Vergessenheit. Umso erfreulicher ist, daß das Moses Mendelsohn Zentrum für europäisch-jüdische Studien an der Universität Potsdam in Verbindung mit der Ludwig-Erhard-Stiftung und der Hans-Böckler-Stiftung *Oppenheimers* „*Gesammelte Schriften*“ in drei voluminösen Bänden neu herausgibt. Der Band 1 enthält *Oppenheimers* theoretische Schriften – seine Auseinandersetzung mit den Theorien der ökonomischen Klassiker, u. a. mit *Ricardos* Grundrententheorie, mit *Marx* und *Malthus'* Bevölkerungstheorie. Band 2 enthält die politischen Schriften – im ersten Teil diejenigen, in denen die Utopie des Liberalsozialismus entworfen wurde, im zweiten Teil die Schriften über Staat, Nationalismus und Demokratie. Der dritte Band wird im Laufe dieses Jahres erscheinen und *Oppenheimers* wirtschaftspolitischen Werke zugänglich machen, aus denen u. a. hervorgeht, wie er über die „*Allgemeine Theorie*“ von *Keynes* dachte und wie er *Erhard's* „*Soziale Marktwirtschaft*“ beeinflusste.

Neben der Gesamtausgabe der Werke von *Silvio Gesell* erhält die weitere Arbeit an einer Alternative zu Kapitalismus und Kommunismus mit dieser Neuausgabe der Werke von *Franz Oppenheimer* eine noch breitere Grundlage für wissenschaftliche

Quellenstudien, die der Akademie Verlag mit der gerade begonnenen Herausgabe der Werke von *Gustav Landauer* nochmals verbreitern wird.

— wo —

Bernhard Vogt

Franz Oppenheimer – Wissenschaft und Ethik der Sozialen Marktwirtschaft

Bodenheim: Philo Verlagsgesellschaft, 1997. 346 Seiten.

Nach dem Niedergang der Zentralverwaltungswirtschaft steht die Soziale Marktwirtschaft bislang als Sieger im Wettkampf der Systeme da. Aber angesichts der anhaltenden Massenarbeitslosigkeit und der Ausgrenzung von sozial Schwachen bröckelt ihre Überzeugungskraft. Im Rückgriff auf *Franz Oppenheimers* Modell einer monopolfreien Wettbewerbswirtschaft müßte sie gründlich erneuert werden. Das ist das zentrale Ziel, nach dem *Bernhard Vogt*, der auch bei der Herausgabe von *Oppenheimers* „Gesammelten Schriften“ mitgewirkt hat, in seiner vorliegenden Dissertation strebt.

Vogt würdigt *Oppenheimer* als einen „politischen Wissenschaftler mit der Fähigkeit zum utopischen Entwurf“ (9), ohne dessen zeitbedingte Schwächen zu übersehen und ihn unkritisch zu glorifizieren. Er stellt sich bewußt gegen die vielfach postulierte Wertfreiheit der Wissenschaft und auch gegen den derzeitigen Ethik-Boom, der den Pelz der Sozialen Marktwirtschaft waschen will, ohne ihr kapitalistisches Inneres naß zu machen. Sozialethischen Prinzipien kann eine Marktwirtschaft erst dann entsprechen, wenn sie von Monopolen befreit ist. Erst dann können die Menschen auch ihre eigennützigen und ihre altruistischen Neigungen in Einklang bringen. *Oppenheimers* in jüdischen Überlieferungen wurzelndes Menschenbild und seine Erfahrungen als Arzt in Berliner Arbeitervierteln verbanden sich – wie *Vogt* sehr anschaulich beschreibt – zu seinem Bestreben, die kranke Gesellschaft durch eine Reform ihrer wirtschaftlichen Rahmenordnung zu heilen. Als gesund stellte er sich eine Wettbewerbswirtschaft ohne private und staatliche Monopole vor, in der Siedlungsgenossenschaften die Grundlage einer wirtschaftlichen und politischen Demokratie bilden. *Oppenheimer* verstand seine Synthese von Freiheit und sozialer Gerechtigkeit, von Liberalismus und Sozialismus als Alternative sowohl zum Laissez-faire-Kapitalismus als auch zur kommunistischen Planwirtschaft. Daß er sich gegen jede Form staatlichen Eingreifens in den Wirtschaftsablauf wandte, machte sein Modell auch für *Bernstein* und *Kautsky* schwer verständlich und verhinderte seine Integration in sozialdemokratisches Denken. Als Verständnisbarriere wirkte auch die von *Vogt* gut verdeutlichte geistige Verwandtschaft *Oppenheimers* mit dem von *Friedrich Engels* im „*Anti-Dühring*“ kritisierten Öko-

nomen *Eugen Dühring* und mit *Theodor Hertzka*, der die Überwindung der „*Bodensperre*“ und der Monopole ebenfalls von Siedlungsgenossenschaften erhoffte (statt wie *Henry George* und *Adolf Damaschke* von steuerlichen Maßnahmen).

Mit Recht betrachtet es *Vogt* als eine „*kühne These*“ *Oppenheimers* (66/67), die Existenz von Monopolen und von sozialer Ungleichheit nur aus dem Bodenmonopol abzuleiten. Praktische Probleme, die bei dem Aufbau von Siedlungsgenossenschaften auftraten, bestätigten die Grenzen der theoretischen Analyse. Und ebenso notwendig ist der Hinweis von *Vogt*, daß bei *Oppenheimers* Darstellung von unterschiedlichen Markttypen eine Beschreibung des Geldmarktes fehlt (81/82). Wie die Klassiker hielt auch *Oppenheimer* das Geld für einen bloß neutralen „Schleier“ über der Wirtschaft, und aus dieser Perspektive war es konsequent, *Gesell* den Vorwurf zu machen, daß er den Einfluß des Geldes auf reale Wirtschaftsvorgänge überbewerte. Daß *Oppenheimer* die strukturelle Macht des Geldes übersah und sogar ein Anhänger der Goldwährung blieb, kann allerdings kein Grund sein, seine großen Verdienste um eine ordnungspolitische Erneuerung der Marktwirtschaft gering zu schätzen. Seine ökonomischen Einsichten waren außerdem mit bemerkenswerten Gedanken über eine wirtschaftliche und politische Demokratie verbunden. Tragischerweise wurde die darin enthaltene Warnung vor einem Totalitarismus in Deutschland vor 1933 nur wenig beachtet. Die Nationalsozialisten schränkten *Oppenheimers* Wirkungsmöglichkeiten sofort ein. Sein im Januar 1933 erschienenes Buch „*Weder so noch so. Der Dritte Weg*“ zogen sie schon bald ein. Sein utopischer Roman „*Sprung über ein Jahrhundert*“, dessen Handlung in das Jahr 2032 datiert war, erschien 1934 bereits unter einem Pseudonym in einem schweizerischen Verlag. Als 1938 auf Befehl der Gestapo 20.000 Exemplare seiner im Gustav Fischer Verlag in Jena veröffentlichten Werke vernichtet wurden, entschloß sich *Oppenheimer*, Deutschland zu verlassen. 1943 starb er im amerikanischen Exil.

Über den späteren Wirtschaftsminister *Ludwig Erhard*, der in den 20er Jahren bei *Oppenheimer* promoviert hatte, fand der Liberalsozialismus nach 1945 teilweise Eingang in den Ordoliberalismus der Freiburger Schule, welche den Übergang von der bürokratischen Kriegswirtschaft zur Marktwirtschaft vorbereitete. Durch sehr gründliche Quellenstudien und Auswertung von Archivmaterialien, die seine gesamte Arbeit auszeichnen, ist es *Vogt* gelungen zu zeigen, auf welchen Wegen Teile von *Oppenheimers* Gedanken in den Ordoliberalismus eingeflossen sind und wie sich der Ordoliberalismus im Zuge seiner Anpassung an die Dominanz des Kapitals wieder davon entfernt hat. Schon von vornherein hatten die Ordoliberalen das Bodenproblem

ganz ausgeklammert, wozu auch beigetragen haben könnte, daß der von *Oppenheimer* am stärksten bekämpfte ostelbische Großgrundbesitz nunmehr im kommunistischen Machtbereich lag. Die anfangs offenbar noch im Ordoliberalismus vorhandenen Sympathien für eine Dezentralisierung von Produktionsmitteleigentum in Genossenschaften kollidierten bald mit Machtinteressen und verschwanden, bis schließlich der naive Glaube übrig blieb, die Konzentration wirtschaftlicher Macht mit einer Kartellaufsicht kontrollieren zu können. So wurde – wie *Vogt* beklagt – *Oppenheimers* „liberaler Sozialismus“ schrittweise in einen „sozialen Liberalismus“ umgebogen.

In den 50er Jahren hat es der Ordoliberalismus leider versäumt, eine wirklich soziale Marktwirtschaft gegen die Interessen des Kapitals durchzusetzen. Inzwischen hat die Dynamik der exponentiellen Selbstvermehrung und Konzentration der Geld- und Sachvermögen die Monopolkontrolle längst ausgehöhlt und auf den globalisierten Märkten ist die menschliche Arbeit zum Spielball der Macht des Kapitals geworden. Nur: entgegen dem heutigen Sprachgebrauch hat die wirtschaftliche Realität mit echtem (Neo-)Liberalismus kaum etwas zu tun. Nicht eine ungezügelt Herrschaft des ‚Marktes‘ ist heute das Problem, sondern eine ungezügelt Herrschaft des Geldes über monopolistisch vermachtete Märkte. Sowohl die sog. (Neo-)Liberalen als auch ihrer Gegner bauen falsche Fronten auf, wenn sie um mehr oder weniger ‚Markt‘ streiten und die Rolle des Geldes dabei ignorieren. *Franz Oppenheimers* bleibendes Verdienst ist es demgegenüber trotz der geldpolitischen Defizite seines Modells, daß er die große Richtung zu einem ordnungspolitischen Ausweg aus dem Labyrinth von kapitalistisch verfälschten Märkten und staatlichen Interventionen gewiesen hat. Und *Bernhard Vogts* Buch könnte sich als der Schlüssel zu *Oppenheimers* Werk erweisen, wenn es denn hoffentlich in Zukunft eine größere wissenschaftliche Beachtung findet.

– wo –

Werner Kruck

Franz Oppenheimer – Vordenker der Sozialen Marktwirtschaft und Selbsthilfewirtschaft

Berlin: Verlag Arno Spitz, 1997. 434 Seiten

Das hier vorzustellende Werk ist eine in Buchform erschienene Dissertation aus 1996. Der Erarbeitung lag ein Stipendium der F.D.P.-nahen Friedrich-Naumann-Stiftung zugrunde. Dies ist deshalb erwähnenswert, weil *Kruck* in seinen Ansichten dem heute bei der F.D.P. vorherrschenden Neoliberalismus entgegentritt und sich auf die liberalsozialistischen Positionen von *Oppenheimer* besinnt. Zum

Neoliberalismus nimmt *Kruck* wie folgt Stellung: „Denn die Art und Weise, wie man in diesen Kreisen daran glaubt, daß einzig investierende Kapitalisten Wohlstand über die Völker bringen, wie man also den Eigennutz ohne Abgrenzung gegenüber den räuberischen und ausbeuterischen Praktiken der tatsächlich agierenden Wirtschaftspersonen hochstilisiert zum Motor allen Erfolges und umgekehrt die aus den Machtasymmetrien resultierenden Unterversorgungen mit erwünschten Gütern autoritär aus dem Zuständigkeitsbereich der vertretenen ökonomischen Theorie herausdefiniert, das hat schon seine eigene kapitalismus- und ausbeutungskonforme Qualität“ (S. 32f).

Mit *Oppenheimer* sieht *Kruck* die soziale Frage als Frage nach dem Mehrwert und fragt nach der zu beseitigenden Ursache des Mehrwertes (vgl. S. 39). Die Staatsfeindlichkeit von *Oppenheimer* bzw. die Verortung des Staates als eines Klassenstaates wird herausgearbeitet (vgl. S. 69). Daß es keine Verständigung über eine Vollbeschäftigungspolitik gibt, wird darauf zurückgeführt, daß Vollbeschäftigung der Arbeitskraft kaufenden Unternehmen die (Ausbeutungs-)Preise verdirbt (S. 74; vgl. auch S. 63, 99, 213, 298). Der Unternehmer wird als ‚Produzent‘ zweier Produkte angesehen, des offiziellen Unternehmensgegenstandes, z.B. der Produktion von Autos, sowie des Arbeitsplatzangebots. Vom Arbeitnehmer wird der Preis des Arbeitsplatzes bezahlt durch Abschlag vom erstellten Wert beim Lohn (S. 213). Mit *Oppenheimer* versteht *Kruck* unter ‚Kapitalismus‘ eine geschichtliche Epoche, deren gesellschaftswirtschaftliche Ordnung durch die Interessen einer nach Mehrwertaneignung strebenden Klasse exklusiver Kapitalbesitzer gekennzeichnet ist (S. 95). „Anders als Karl Marx versteht *Oppenheimer* unter ‚Mehrwert‘ denjenigen Wert, den ein Kontrahent im Tauschakt aufgrund seiner Machtposition als Aufpreis erzielen kann“ (S. 96).

Der Sozialismus wird von *Oppenheimer* angestrebt als „der Glauben an und das Streben auf eine von allem Mehruert, d.h. allem arbeitslosen Einkommen, erlöste, darum klassenlose und darum brüderlich geeinte Gesellschaft der Freien und Gleichen“ (S. 96 mwN bei *Oppenheimer*). Dieses Ziel wird durch Vervollkommnung der Marktwirtschaft angestrebt (S. 96). Wahren Liberalismus und wahren Sozialismus sieht *Oppenheimer* nicht als Gegensätze (S. 126), sondern als gegenseitig bedingt an: *Kruck* betrachtet sie als Zwillingenbrüder (S. 111). Angestrebt wird eine Umwandlung der kapitalistischen in eine reine Ökonomie (S. 307, 308, 328, 382). Sie wird auch als laboristische Ökonomie bezeichnet (S. 309). Kapital arbeitet nicht, „sondern vermehrt sich lediglich aufgrund der Ausbeutung einer von ihm selbst herbeigeführten Knappheit des Kredits“ (S. 309). „Die reine Ökonomie ist nach *Oppenheimer* jene, in der das politische Mittel der Reichtumserwerbungs aufgehört hat zu existieren

(Herrschaft zum Zwecke der wirtschaftlichen Ausbeutung fremder Arbeit) und nur noch das ökonomische Mittel zulässig ist: freie Arbeit und gerechter Tausch“ (S. 328).

Diese Gedanken sind denen der Freiwirtschaftslehre *Gesells* eng verwandt. Im Zusammenhang mit dem Thema Geldersatz wird *Gesell* von *Kruck* kurz erwähnt (S. 266), um dann auf Barter-Geschäfte überzuleiten. Weiten Raum nehmen Ausführungen bei *Kruck* zu genossenschaftlichen Selbsthilfeeinrichtungen, ihren Problemen und Möglichkeiten ein. Von ihnen erwartete *Oppenheimer* und in seiner Nachfolge erwartet auch *Kruck* eine Verwirklichung seiner liberal-sozialistischen Vorstellungen. Auch das Individuum soll auf diesem Wege gesunden. Dabei sieht *Kruck* allerdings nicht den erforderlichen Aufwand, der mit dem Betreiben dieser Selbsthilfeorganisationen einhergeht und der es neben dem heute erreichten Grad an Wettbewerb erklärt, daß trotz des Abzuges vom Wertprodukt der Arbeit durch den Arbeitgeber der Zug zur Selbstständigkeit und zu genossenschaftlichen Organisationsformen nur sehr gering ausgeprägt ist.

Die von *Oppenheimer* mitbegründete Obstbausiedlung Eden – dort verbrachte *Gesell* seine letzten Lebensjahre – wird erwähnt (S. 311, Fn. 600, 314f, 319), ebenso *Oppenheimers* Einfluß auf die genossenschaftliche Siedlungspolitik in Israel (S. 320). Auch der Einfluß *Oppenheimers* auf *Ludwig Erhard*, dessen Doktorvater er war, wird nachgezeichnet. Insgesamt wird *Oppenheimer* von *Kruck* so gut wie nie kritisch beleuchtet: Man gewinnt als Leser den (nicht unbedingt glaubwürdigen) Eindruck, Wirtschaftskrise und Krise im Genossenschaftswesen würden mit dem Ansatz von *Oppenheimer* und etwaigen Weiterungen von *Kruck* gemeistert. Es fehlt die nüchterne, kritische Distanz. Auf S. 291 wird das ökonomische Prinzip verkannt, wenn als Zielsetzung angesetzt wird, „mit geringstmöglichem Aufwand den größtmöglichen Ertrag zu erzielen“. Nur mit gegebenem Aufwand läßt sich der Ertrag maximieren bzw. für einen bestimmten Ertrag läßt sich der Aufwand minimieren.

Jörg Gude

Gerhard Senft

Aufbruch in das gelobte Land – Die Ursprünge der Kibbutz-Wirtschaft

Wien: Verlag Monte Verita, 1997. 66 Seiten.

Durch sein Buch „Weder Kapitalismus noch Kommunismus“ (Berlin 1990) und andere Veröffentlichungen hat sich *Gerhard Senft* als ein sehr guter Kenner der Ideengeschichte des Liberalsozialismus ausgewiesen. In diesem Buch erinnert er an die weitge-

hend vergessene Rolle, die der österreichisch-ungarische Wirtschaftspublizist *Theodor Hertzka* (1845 – 1924) sowohl bei der Konzeption des Liberalsozialismus als auch bei seiner Verknüpfung mit der zionistischen Siedlungsbewegung gespielt hat. Mit seinem Roman „Freiland“ hatte *Hertzka* um die Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert einen großen Einfluß auf die damalige Boden- und Sozialreformbewegung erlangt. Als ein Liberaler und Verfechter des Freihandels beobachtete er die zunehmende Macht der Nationalstaaten und deren Hang zum Handelsprotektionismus mit großer Sorge. Die Monopolisierung der Privatwirtschaft und die Ausbreitung der Technokratie erschienen ihm als Zeichen einer gefährlichen Entwicklung in eine total verwaltete Welt. Ohne dabei technikfeindlich zu sein, setzte er dem seine Vorstellungen von einer dezentralisierten, genossenschaftlichen Produktion auf gemeinschaftlichem Boden entgegen. Fernab von der europäischen Zivilisation initiierte *Hertzka* in Afrika Siedlungsversuche, die allerdings mißglückten. Gleichwohl flossen seine Gedanken neben denen von *Franz Oppenheimer* in die zionistische Siedlungsbewegung ein. *Gerhard Senft* beschreibt die Wirkung von *Hertzka* und dessen Anhängerschaft. Und er wirft Blicke auf die heutige Kibbutz-Wirtschaft, die zwar längst aus einem charismatischen in ein Routinestadium übergegangen ist, die aber immer noch eine beispielhafte Realisierung von nicht-autoritären und demokratischen Sozialutopien darstellt. Als ein Gegenbild zu den „erkalteten Gesellschaften des materiell reich ausgestatteten Westens“ (42) haben die Kibbutz-Wirtschaften nach Auffassung von *Gerhard Senft* ihre Bedeutung bis heute nicht verloren.

— wo —

Heidi Bernhard-Filli u. a.

Weiberwirtschaft – Frauen, Ökonomie, Ethik

Luzern: Edition Exodus, 1994. 190 Seiten.

Heidi Bernhard-Filli u. a.

Ökonomie weiterdenken

Frankfurt/M.: Campus Verlag, 1997. 243 Seiten.

In der Zeit des Matriarchats bildete sich die weibliche Seinskraft, in der Zeit des Patriarchats die männliche Formkraft. Jetzt, da wir in die Epoche der Partnerschaft eingetreten sind, kommt es darauf an, die eine mit der anderen Kraft in möglichst vielen Menschen zu verbinden, um die Weltprobleme mittels der vereinigten Energie und ihres höheren Pegelstandes zu lösen.

Das Wirtschaftsgebäude wurde auf dem Rücken der Frauen errichtet, die man zugleich davon aussperrte oder nur als Hilfskräfte zuließ. Der ersten Frauenbe-

wegung (etwa 1860-1920) ging es hauptsächlich um Gleichberechtigung, der zweiten (seit den 70er Jahren) um die Anerkennung der weiblichen Gleichwertigkeit. Das drückt sich auch in diesen beiden Büchern aus. Ihre Autorinnen versuchen einzeln oder in Gruppen, das verhärtete wirtschaftswissenschaftliche Denken aufzuweichen und in die Schwebelänge zu bringen, um es von da aus mit neuen Gedanken und Impulsen zu befruchten. Hierbei werden verschiedene feministische Denktraditionen auf ihre Brauchbarkeit für eine neue Wirtschaftsform überprüft, so die ökologische und die psychoanalytische, aber auch die neoklassischen Theorien.

Von grundsätzlicher Bedeutung erscheint mir der Beitrag von *Mascha Madörin* zur Problematik einer feministischen Politischen Ökonomie. Bei der Lektüre von Zeitungen und Büchern über Börsengeschäfte fiel ihr auf: „daß der Börsenjargon stark sexistisch aufgeladen ist“. So stellte sich ihr die Frage: „wie Profitinteressen das Streben nach Geld, der ökonomische Rationalitätsdiskurs, die enorme Risikofreudigkeit auf den Finanzmärkten in unserer Kultur mit sexueller Identifikation und Begehren von Männern verknüpft sind und immer noch werden“. Steht dahinter ein bestimmter Männertypus vergleichbar dem Cowboy, der die Wirtschaft als Kampfarena zur Ausschaltung gleichgeschlechtlicher Rivalen betrachtet, ein kriegerischer Typus, dem es nicht um Güterproduktion und Konsum, sondern hauptsächlich um Überlegenheit, Macht und Kontrolle geht? Unter diesem Gesichtspunkt müßten alle Männer, die Opfer der Wirtschaftskriege sind, an einem feministischen Wirtschaftsmodell hochinteressiert sein.

Für *Mascha Madörin* ist insbesondere der Finanzsektor ein stark besetzter Ort hegemonialer Männlichkeit. Diese drückt sich auch darin aus, daß viele Männer für ihr Haushaltsgeld „die totale Kontrolle der Frau“ beanspruchen, was eine liebevolle Beziehung unmöglich macht.

Sämtliche Autorinnen finden die jetzige Wirtschaftsform einäugig und einseitig; sie streben eine zweiäugige und ganzheitliche an, die sie vorsorgend nennen. Nach *Christiane Busch-Lüthy* umfaßt die Ganzheitlichkeit auch die psychische Ökonomie, selbstversorgende Wirtschaften und externe Effekte, ferner „nicht nur Produktions-, sondern auch Reproduktionsleistungen; nicht nur Erwerbs-, sondern auch Eigenarbeit; nicht nur männliche, sondern auch weibliche Arbeits- und Lebenszusammenhänge; nicht nur Eigennutz, sondern auch Altruismus; nicht nur Konkurrenz, sondern auch Kooperation; nicht nur materielle, sondern auch immaterielle Bedürfnisse“. Allgemein wird in diesen Büchern davon ausgegangen, daß „Gesellschaften ohne die Arbeiten im sogenannten Privaten nicht existieren können“, daß Haus- und Famili-

enarbeit jedoch unbezahlt bleibt. Der Mann erzeugt Tauschwerte, die Frau „nur“ Gebrauchswerte.

Adelheid Biesecker umschreibt das Neue einer vorsorgenden (statt entsorgenden) Wirtschaftsweise in drei Punkten:

1. sie gründet sich auf andere Werthaltungen und unterstützt deren Entwicklung;
2. sie schafft Raum für eine soziale Verständigungspraxis und altruistische Netzwerke neben den bestehenden Institutionen, etwa für autofreies Wohnen und gemeinsame Autonutzung;
3. sie ermöglicht, „so zu wirtschaften, daß künftige Generationen ebenfalls selbstbestimmt und selbst gestaltend leben können“

Die heutige Wirtschaft und Technik ist auf Raubbau gegründet. Darin besteht ihr „entsorgender“ Charakter. Raubbau heißt: allmähliche Zerstörung der Grundlagen des Lebens und der Wirtschaft selbst, also „Nach uns die Sintflut!“ Durch diese beiden Bücher könnte eine wirtschaftlich-technische Renaissance eingeleitet werden. Sie enthalten eine solche Fülle neuer Ideen und fruchtbarer Vorschläge, daß ich in dieser Besprechung nur einen Teil davon erwähnen kann. Der Monstertechnik wird allerdings kaum Beachtung geschenkt, während die männliche Dominanz und Hegemonie als Zielscheibe im Mittelpunkt steht.

Die heutige Wirtschaft ist m.E. nicht mehr eine bloße Männerwirtschaft. Dennoch lag es nahe, daß sich Frauen aus der feministischen Bewegung eines Tages fragen würden, wie eine „Weiberwirtschaft“ aussehen könnte. Sie gehen hierbei durch Analyse und Kritik der bestehenden Wirtschaftswissenschaft sehr gründlich vor. Deren harter Blick, der einen schonungslosen Umgang mit den Ressourcen zur Folge hat, soll durch einen weichen abgelöst werden. Wahrheit und Realität entstehen nicht aus einem objektiven Denken, sondern aus dem Prozeß geistiger und humaner Verständigung. Was stattgefunden hat, ist die Verreibung des Geistes und der Humanität aus der Wirtschaft und Technik. Ihnen wird beides wieder eingefloßt: „für alle Frauen, die ihr Leben zur Sprache bringen“. Dies unter Umständen, wo Zeithaben zum Luxus wird und die Abwicklung von Geschäften aller Art wie in einer Revolution sich laufend beschleunigt. Gleich einer kommunistischen Planwirtschaft „müssen immer mehr Arbeiten in immer kürzeren Zeitperioden erfüllt werden“. (*Lisa Schmuckli*) Indes wird die Zeit zu einer käuflichen Ware. Und zu Geld. Für viele Frauen geht es um Eigenzeit, die dem ökonomischen Zweck (Gewinn) entzogen ist. Entgegen der Hast im industriellen Getriebe wird die Langsamkeit als Wert erkannt und von *Ursula Vock* wird der Entsorgung die Lebenslust gegenübergestellt. Andere Autorinnen

knüpfen bei *Simone Weil* und *Hannah Arendt* oder beim radikalen Konstruktivismus an, demzufolge die Welt, in der wir leben, durch unser Zusammenleben konstruiert wird. Jeder Mensch nimmt durch seine Art und Weise daran teil. *Heidi Bernhard-Filli* mißt dem kritischen Potential des radikalen Konstruktivismus großen Wert bei. Ich kann allerdings nicht ihre Ansicht teilen, daß Weiblichkeit und Feminität „Konstrukte männlichen Denkens sind, nämlich den Frauen von Männern zugeschriebene Attribute“. Dies gilt wohl nur für Erwartungshaltungen, etwa die, daß eine Frau sanft und fügsam sein sollte. Der auch durch den Feminismus sensibilisierte Mann, in diesen Texten nirgends angesprochen, hat andere Vorstellungen und Wünsche, etwa Gefährtschaft, Weggenossenschaft und ganzheitliche Beziehung, aber auch kameradschaftliche Zusammenarbeit. Der von mehreren Frauen begründete Konstruktivismus ist indes auch für mich eine Hilfe, weil er den Nimbus wissenschaftlicher Objektivität enthüllt. Sein entfesselnder Blick hat durchschauende Kraft.

Ökologische Kreisläufe und gute zwischenmenschliche Beziehungen werden als unentbehrliche Grundlagen der vorsorgenden Wirtschaft angesehen. Im Hintergrund stehen die feministische Ethik der Mitmenschlichkeit und die feministische Theologie, deren Befreiungsimpuls womöglich aus Lateinamerika übersprang, während der Marxismus kaum noch eine Rolle spielt. Insgesamt habe ich den Eindruck, daß die Autorinnen der beiden Bücher, was ihr Menschenbild betrifft, vom homo oeconomicus zum homo oecologicus übergehen. Nicht nur, daß Frauen im allgemeinen umweltbewußter als Männer sind, sie sind auch natürlicher und dem Leben näher. Wenn der private Haushalt zum Muster der öffentlichen Wirtschaft würde, gäbe es nach meiner Überzeugung weder Verschuldung noch Naturzerstörung. Das vorsorgende Wirtschaftsmodell ist ein ökologisches, so auch mit Zukunft aufgeladen.

Günter Bartsch

LESER BRIEF

Vladimir Pankov: „Rußlands Weg zur Marktwirtschaft“, in: Zeitschrift für Sozialökonomie 114. Folge (September 1997)

Dem sehr informativen Beitrag von *Vladimir Pankov* möchte ich folgende Gedanken anfügen:

Die Marktwirtschaft in Rußland entwickelt sich u.a. deswegen so schleppend, weil es an privatem Bodeneigentum zur Kreditsicherung mangelt. In dem

Zustand, in dem sich die russische Wirtschaft befindet, nützt es wenig, daß bei verstaatlichtem Boden den Investoren Kreditaufnahmen für den Kauf von Grundstücken erspart bleiben, denn es mangelt auch an Sach- oder Gebrauchsvermögen, das statt des Bodens als Sicherung für Investitionskredite in Betracht käme. Vorhandene Gebäude und Produktionsanlagen sind vielfach in schlechtem Zustand oder technisch veraltet.

Rußland muß mit dem hohen Niveau westlicher Länder konkurrieren. Die nötige Anschaffung modernster Technologien und der Erwerb des „know-how“ erfordern ungeheure Kreditsummen. Und die Zeit drängt. Je länger es dauert, bis die russische Marktwirtschaft zu einem besseren sozialökonomischen Standard führt, desto mehr ist die politische Entwicklung, die Demokratie des Landes, gefährdet.

Hochentwickelte Volkswirtschaften haben genügend Sach- und Geldvermögen gebildet, das statt des Bodens als Kreditsicherung dienen kann. So gern man sie einerseits sieht, die Verstaatlichung des Bodens, das Beispiel Rußlands zeigt, wie Mangel an privatem Bodeneigentum in bestimmten Entwicklungsstadien für den Aufbau einer Marktwirtschaft durchaus ein Handicap sein kann.

Josef Hüwe

BERICHTE

100. Todestag von Henry George

Zur Erinnerung an das Leben und Werk des nordamerikanischen Sozialphilosophen und Bodenreformers *Henry George* (1839-1897) veranstaltete der Finanzwissenschaftler Prof. Dr. *Jürgen Backhaus* am 28. und 29. Oktober 1997 ein Symposium „*Henry George Re-Considered*“ an der Universität im niederländischen Maastricht. Der Reader mit den in englischer Sprache verfaßten Beiträgen kann gegen Voreinsendung eines Verrechnungsschecks über 60 Mark bestellt werden (P. O. Box 616, NL - 6200 MD Maastricht).

Während des Symposiums wurde die Neuausgabe des Buches „*Land Value Taxation Around the World*“ von *Robert Andelson* vorgestellt, das zu den Standardwerken über *Henry Georges* Single-Tax-Vorschlag und seine internationale Verbreitung gehört. Es ist erhältlich bei der Robert Schalkenbach Foundation, 41 East 72nd Street, New York, NY 10021 USA. Fax: 001-212-988 1687.

Die Robert Schalkenbach Foundation gibt eine Zeitschrift „*American Journal of Economics and Sociology*“ heraus, deren No. 4 1997 ganz der Erinnerung an *Henry George* gewidmet ist. In insgesamt 15 Beiträgen stellen amerikanische Ökonomen den Single-Tax-Vorschlag in seinem geschichtlichen Entstehungszusammenhang dar: es wird erläutert, wie der russische Dichter *Leo Tolstoi* von bodenreformerischen Gedanken beeinflusst war. Die Autoren setzen auf eine Wiedergeburt der Ökonomie in der Tradition von *Henry George* und wenden den Single-Tax-Vorschlag auch auf heutige Problemlagen an.

In England gibt es ebenfalls zwei Institutionen, die an einer Reform des Bodenrechts im Sinne von *George* arbeiten:

Henry-George-Foundation,
117 Vauxhall Bridge Road,
London, 1V 1EU, U.K. –
Tel. 0044 - 171 - 834 42 66.

Laud Policy Council,
c/o Fred Harrison,
7 Kings Road,
Teddington TW11 0QB, U.K. –
Tel. und Fax: 0044 - 181 - 943 33 52.

Das Seminar für freiheitliche Ordnung veranstaltete am 22. und 23. November 1997 eine *Tagung „Fortschritt und Armut – Leben und Werk Henry Georges“* in Boll bei Göppingen. Die Vorträge von *Werner Onken*, *Eckhard Behrens* und *Fritz Andres* sind kürzlich in der Nr. 245 1997 der Schriftenreihe „*Fragen der Freiheit*“ erschienen. Das Heft ist für 10 Mark plus Porto erhältlich beim Sekretariat des Seminars (Badstr. 35, 73087 Boll, Tel.: 07164-3573).

Auf dieser Tagung des Seminars referierte auch Dr. *Maarten Willemsen* über „*Single-Tax und ökologische Steuerreform*“. *Willemsen* hat in der Schweiz eine *Vereinigung „Neuland – Verein für menschengerechte Steuern“* ins Leben gerufen. Der § 2 der Statuten lautet: „*In Übereinstimmung mit der Philosophie von Henry George ist der Verein der Meinung, daß alle Menschen ein gleiches Recht auf Zugang zu natürlichen Ressourcen haben und ein gleiches Recht, die Früchte ihrer Arbeit zu genießen. Um diese Rechte durchzusetzen wird vorgeschlagen, daß die Bodenrente (sowie andere Abgaben auf Ressourcen) die hauptsächliche Einnahmequelle für die Finanzierung der staatlichen Aufgaben ist, während im Gegenzug alle Steuern und Abgaben auf Arbeit und Arbeitsergebnissen, die der freien Produktion und dem freien Austausch entgegenstehen, reduziert bzw. abgeschafft werden.*“ Nähere Informationen erteilt das Sekretariat des Vereins (Postfach 861, CH-3000 Bern 9, Tel.: 0041 - 71 - 222 42 20).

Red.

„Wirtschaft aus weiblicher Sicht“

4. CGW-/INWO-Tagung vom 21.-24. Mai 1998 in Birkenwerder

mit folgenden Vorträgen:

Dr. *Elisabeth Meyer-Renschhausen*, Berlin
„Hauptströmungen in der älteren und neueren Frauenbewegung“

Prof. Dr. *Maria Mies*, Köln
„Lohnlose Arbeit, Wachstumswirtschaft und Subsistenzperspektive“

Wera Wendnagel, Frankfurt
„Die Frauenfrage in der männlichen Ökonomie“

Ricarda Buch, Berlin
„Weiberwirtschaft, Begühenhof und Tauschbörsen – Lokale Selbsthilfe von Frauen im makroökonomischen Spannungsfeld“

Renate Börger, München
„Wirtschaft mit menschlichem Antlitz – Eine Gedankenspur auf feministischen und freiwirtschaftlichen Pfaden“

Zum Programm gehören außerdem ein Besuch des Clara-Zetkin-Museums in Birkenwerder und ein Abend mit Jiddischer Klezmermusik.

Nähere Informationen und Anmeldung:
Werner Onken, Steenkamp 7, 26316 Varel. –
Tel. Fax: 04451-85714.

Tagungen des Seminars für freiheitliche Ordnung im Jahr 1998

- | | |
|--------------------|---|
| 21. 22. März: | Arbeit und Kapital im Unternehmen |
| 16. 17. Juni: | Schulen gemeinnützig privatisieren |
| 04. 05. Juli: | Die Zukunft mit dem Euro hat begonnen |
| 19. 20. September: | Bildung und Kultur |
| 03. 04. Oktober: | Kolloquium zum Generationenvertrag |
| 28. 29. November: | Landwirtschaft zwischen Ökonomie und Ökologie |

Nähere Informationen beim Sekretariat des Seminars, Badstr. 35, 73087 Boll. –
Tel: 07164-3573.

DIE AUTOREN DER BEITRÄGE

Günter Bartsch

Merianstr. 29, 79104 Freiburg, Br.

Prof. Dr. *William Darity jr.*

c/o University of North Carolina, USA

Dipl.-Vw. *Jörg Gude*

Wiedel 13, 48565 Steinfurt

Josef Hüwe

Ludwigsfelder Str. 11, 14165 Berlin

Freiwirtschaftliche Bibliothek

Seit 1983 wird in der Freiwirtschaftlichen Bibliothek Primär- und Sekundärliteratur zu Bodenrechts- und Geldreformtheorien gesammelt. Zum Bestand gehören neben Büchern, Broschüren und Zeitschriften auch Flugblätter, Fotos und Korrespondenzen; er ist für Wissenschaftler und interessierte Laien zugänglich.

Zur Zeit wird der in den 80er Jahren erschienene (noch lieferbare) Katalog aktualisiert. Zur Schließung noch bestehender Lücken sind mir Zusendungen älterer und neuerer Literatur jederzeit sehr willkommen, ebenso Hinweise auf themenbezogene Neuerscheinungen und neuere Zeitschriftenaufsätze.

Werner Onken
Steenkamp 7
26316 Varel
Tel./Fax: 04451-8 57 14

23. MÜNDENER GESPRÄCHE

Vortrags- und Diskussionsveranstaltung
der Sozialwissenschaftlichen Gesellschaft 1950 e.V.

50 Jahre Deutsche Mark – ein Jubiläum! – Folgt nun der Euro?

Samstag/Sonntag, 28./29. März 1998,
Werratal-Hotels, Hann.-Münden, Ortsteil Laubach

SAMSTAG, 28. März 1998

09.30 Uhr Eröffnung der Tagung und Einführung
in das Tagungsthema
Ekkehard Lindner, Tagungsleiter

09.45 Uhr **Die Euro-Klage**
Vortrag von Prof. Dr. Karl A. Schachtschneider,
Lehrstuhl für öffentliches Recht,
Universität Erlangen-Nürnberg
Diskussion
Leitung: Jörg Gude, Dipl.-Vw., Ass.jur.

12.30 Uhr Mittagspause

14.00 Uhr **Der Euro – Chancen und Risiken**
Vortrag von Prof. Dr. Peter Ruhmann,
Volkswirtschaftliches Seminar der
Universität Göttingen

15.45 Uhr Kaffeepause

16.30 Uhr **Euro – Sieg der Unvernunft**
Vortrag von Prof. Dr. Dirk Löhn,
Fachhochschule Trier

18.00 Uhr Abendbrotpause

20.00 Uhr **Diskussion zu den
Nachmittags-Vorträgen**

22.00 Uhr Leitung: Jörg Gude, Dipl.-Vw., Ass.jur.

SONNTAG, den 29. März 1998

09.30 Uhr **Abfahrt zur Besichtigung
der Ausstellung
„Währungsreform 1948“
in Rothwesten bei Kassel**
11.00 bis 12.00 Uhr

12.30 Uhr **Rückkehr vom Ausstellungsbesuch
und Ende der Tagung**

Buch- und Schriftenpräsentation allein durch den
Veranstalter bzw. nach Rücksprache mit diesem.
Anmeldung zur Tagung nicht erforderlich.
Teilnahmegebühr wird nicht erhoben.

**Einladungen verschickt und Auskunft
zum Tagungsablauf erteilt:**

Sozialwissenschaftliche Gesellschaft –
Geschäftsstelle
Postfach 1550, 37145 Northeim,
Fon & Fax 05503-3205
(Ekkehard Lindner)